

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Brigitte Seebacher-Brandt

Nation im vereinigten Deutschland

Sven Papcke

Nationalismus – ein Alptraum?

Rudolf von Thadden

Die ungeliebte Nation

Gedanken zu einer immer noch aktuellen Diskussion

Claus Leggewie

Europa beginnt in Sarajevo

Gegen den Skeptizismus in der europäischen Wiedervereinigung

André Brigot

Frankreich und Europa

B 42/94

21. Oktober 1994

Brigitte Seebacher-Brandt, Dr. phil., geb. 1946; Studium der Germanistik und Geschichte an der FU Berlin; journalistische Arbeit für Rundfunkanstalten und die Wochenzeitung „Berliner Stimme“, deren Chefredakteurin von 1972 bis 1977; Tätigkeit in der Pressestelle beim Parteivorstand der SPD; zur Zeit als Publizistin tätig.

Veröffentlichungen u. a.: Ollenhauer, Berlin 1984; Bebel, Bonn 1988; Die Linke und die Einheit, Berlin 1991; zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge zu historischen und aktuellen Themen.

Sven Papcke, Dr. rer. soc., geb. 1939; Professor für Soziologie an der Wilhelms-Universität Münster. Veröffentlichungen u. a.: Gesellschaftsdiagnosen. Klassische Texte der deutschen Soziologie im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main–New York 1991; Deutsche Soziologie im Exil. Gegenwartsdiagnosen und Epochenkritik, Frankfurt am Main–New York 1993

Rudolf von Thadden, Dr. phil., geb. 1932; Ordinarius für Geschichte an der Universität Göttingen. Veröffentlichungen u. a.: Restauration und napoleonisches Erbe. Der Verwaltungszentralismus als politisches Problem in Frankreich (1814–1830), Wiesbaden 1972; Fragen an Preußen. Zur Geschichte eines aufgehobenen Staates, München 1981; Nicht Vaterland, nicht Fremde. Essays zur Geschichte und Gegenwart, München 1989; Weltliche Kirchengeschichte. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1989.

Claus Leggewie, Dr. disc. pol., geb. 1950; Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte in Köln und Paris; Hochschulassistent und Professor für Politikwissenschaft in Göttingen; seit 1989 an der Universität Gießen.

Veröffentlichungen u. a.: MultiKulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin 1993<sup>2</sup>; Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1993; Alhambra – Der Islam im Westen, Reinbek 1993; (Mitverf.) Manifest der 60. Plädoyer für eine neue Einwanderungspolitik, München 1994; (Hrsg. zus. mit Zafer Senocak) Deutsche Türken – Türk Almanlar, Reinbek 1994; (Hrsg.) Wozu Politikwissenschaft. Über das Neue in der Politik, Darmstadt 1994; Über das Böse. Gespräch mit Andrew Vachss, Frankfurt am Main 1994.

André Brigot, geb. 1950; Studium der Politikwissenschaft und der Politischen Soziologie; zur Zeit als Assistent an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris.

Veröffentlichungen zu Fragen der Verteidigung und der Strategie in Europa; zuletzt: Frankreich/Großbritannien. Fragen der Sicherheit und der Verteidigung, Paris 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trlter, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Nation im vereinigten Deutschland

### I.

Die Definitionen sind zahlreich und zeit- wie ortsgebunden. Über die Nationen der europäischen Gegenwart sagen sie wenig und über die deutsche Nation nichts. Geblieben von all den Deutungen ist der Name – Nation. Und sonst? Welcher Inhalt? Aber wer fragt nach Inhalt, wenn die Form nicht feststeht und auch nicht feststehen soll. Über die deutsche Nation wird immer noch einmal nachgedacht. Ob sie sein müsse oder nicht sein dürfe, ob sie normal sei oder etwas Besonderes, ob das Unheil ihr anhängt und sie besser in Europa aufgehe; auch fünf Jahre nach dem Mauerfall ist der Fragen kein Ende. Die Nation wird gerechtfertigt, und sie wird bestritten. Nur eines widerfährt ihr nicht – ein selbstverständlicher Umgang. Politiker meiden, mit wenigen Ausnahmen, den Begriff. Und mit dem Begriff die Sache? Von der Nation zu reden ziemt sich nicht. Es ziemt sich solange nicht, wie ihr Klang künstlich ist und es niemand unternimmt, die Nation auch in Deutschland zur natürlichsten Sache der Welt zu machen. Es sei gleichgültig, welche Namen in Umlauf seien? Nein, was ist, muß benannt werden. Alles andere ist Flucht vor der Gegebenheit. Und Flucht hat noch nie zu Gutem geführt<sup>1</sup>.

Die Selbstverständlichkeit, mit der im Jahr 1990 die nationale Einheit ins Werk gesetzt wurde, hat sich verflüchtigt. Es wird doch nicht Einbildung gewesen sein, was damals Tatsache war? Die überwältigende Mehrheit der Deutschen in Ost und auch in West wünschte, daß die sich bietende Gelegenheit genutzt und die Einheit hergestellt werde. Was geschah, geschah wie von selbst. Die Bedenkenräger und die Konstrukteure, die, wenn überhaupt, langsam machen und Übergänge schaffen wollten, hatten keine Chance. Der Vorgang aber hat sich nicht eingepreßt als einer, der sein mußte und der, so wie er war, gut war. Oder ist alles Rhetorik und ohne Substanz, was sich derzeit festsetzt?

1 Zu den Ausnahmen zählt Wolfgang Schäuble, auch wenn die Bestimmungen, die er der Nation gibt, sehr konstruiert sind und parteipolitisch eingefärbt. Vgl. Wolfgang Schäuble, *Und der Zukunft zugewandt*, Berlin 1994.

Als nach dem Zusammenbruch 1945 die Sowjets darangingen, ihre Besatzungszone dem Imperium einzuverleiben und den Bewohnern ihr Herrschaftssystem aufzunötigen, glaubte man im Westen, der Spuk werde früher oder später vorübergehen, und sprach von „Wieder“-Vereinigung. Das Wort kam in Gebrauch und behauptete sich über die Zeitläufe hinweg. 1989 und 1990, als der Ernstfall eintrat, sehr verspätet und allseits überraschend, war es in fast aller Munde. Gewohnheit oder auch die Illusion, daß sich ohne Not zusammenfügen lasse, was schon einmal da war? Die Bequemlichkeit, die zumal im Wohlstand der achtziger Jahre gewachsen war, auch die Überheblichkeit, alles kaufen zu können, wog nicht wenig, als es galt, zwei ungleiche Teile zusammenzuführen. Den westlichen Neigungen zur „Wieder“-Vereinigung entsprachen die östlichen Vorstellungen von der „Wende“. Der Wunderglaube, es werde alles „wieder“ gut und nirgends brauche es einen Durchgriff, nährte sich aus der Vergangenheit und der Unlust, sich auf nationales Neuland zu wagen<sup>2</sup>.

Weite Kreise hatten die „Wiedervereinigung“ aus ihrem Wortschatz gestrichen. Es waren jene Kreise, die in der De-facto-Anerkennung der DDR deren höhere Weihe sahen und sich für überhaupt keine Einigung mehr erwärmen mochten. In der Regierungserklärung von 1969, dem Gründungsdokument der Deutschland- und Ostpolitik, wurde die Wiedervereinigung nicht erwähnt, die Nation und ihr Zusammenhalt dafür um so mehr<sup>3</sup>. Diese Politik aber hatte von Anbeginn an viele Gesichter. Wo der nationale Bezug sich, unter dem Einfluß der Studentenbewegung und auch sonst, verloren hatte, erwies sich, als die Mauer fiel. In der Linken, auch im linken Liberalismus war eine auf Bewegung angelegte Politik in der Verabsolutierung des Status quo erstarrt und ein sozialisti-

2 In einem Vortrag am 4. Juli 1994 in Berlin hat der sächsische Justizminister, Steffen Heitmann, festgestellt: „Maßgebliche Kräfte des Ostens wollten überleiten und nicht erneuern. Und – in anderem Sinne – maßgebliche Kräfte des Westens wollten einfügen und nicht erneuern. Beiden Kräften konnte eine selbstkritische Besinnung nur hinderlich erscheinen.“ Vgl. Steffen Heitmann, *Die Revolution verkommt zur „Wende“*, in: FAZ vom 2. September 1994.

3 Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, in: *Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews*, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1971, S. 13–30.

scher Separatismus zu Ehren gekommen. Insoweit lag 1989 die linke Negation nationaler Einheit in der Logik zweier vorangegangener Jahrzehnte. Daß seither kein Kurswechsel eingeleitet worden ist, daß das Ja immer noch nicht vor dem Aber steht und die Rechthaberei triumphiert, entzieht sich allerdings der rationalen Erwägung. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums, dort, wo die Deutschlandpolitik erst prinzipiell bekämpft und sodann pragmatisch weitergeführt wurde, überlebte das Wort von der Wiedervereinigung den Wandel der Zeiten. Ein revolutionäres Ereignis erhielt ein konservatives Attribut.

Tatsächlich konnte nichts werden, wie es war, und gerade Willy Brandt, die Einheit der Nation im Blick, sagte schon am Tag nach dem Mauerfall, dem 10. November 1989: „Nichts wird wieder so, wie es einmal war.“<sup>4</sup> Die Herausforderung, einen totalitär verfaßten und materiell heruntergekommenen Teilstaat zum integralen Bestandteil eines freiheitlichen und reichen Landes zu machen, war ohne Beispiel in der Geschichte und ohne Beispiel sonstwo in der Welt. Alles, was benötigt wurde, um der Aufgabe gerecht zu werden, war neu – ob man es wahrhaben wollte oder nicht. Aber auch drei historische Gründe ließen es geboten erscheinen, dem „Wieder“ in der Vereinigung abzuschwören. Erstens ist das Territorium, das die alte Bundesrepublik und die ehemalige DDR bilden, um ein Drittel kleiner als das einstige Deutschland; die Ostgebiete sind unwiederbringlich verloren. Zweitens lebt die parlamentarische Demokratie, und daß sie die Staatsform des vereinten Landes bleibt, ist so sicher, wie etwas sicher sein kann in dieser Welt; die marktwirtschaftliche Ordnung steht nicht in Frage. Drittens hat die europäische Integration unverrückbare Zeichen gesetzt. An ihr teilhaben heißt, Souveränität einschränken. Und wer wollte nicht an ihr teilhaben? Auch Deutschlands östliche Nachbarn, die insoweit die Konstanten der Mittellage aufheben. Die weltwirtschaftliche Verflochtenheit und die Internationalität auch deutscher Konzerne tun ein übriges, um die alte Frage nach der Nation neu zu stellen. Deutschland ist klein geworden. Doch die Rede geht ständig vom Gegenteil und ist Anlaß, das Rätsel der deutschen Identität weiterzuspielen. Aus Gewohnheit und Furcht vor dem Neuen? Aus Spaß? Welchem Spaß? Nietzsche sei in Erinnerung gerufen, der wußte: „Es gibt einen Grad von Schlaflosigkeit, von Wiederkauen, von historischem Sinn, bei dem das Lebendige zu Schaden kommt und zuletzt zugrundegeht.“

4 Willy Brandt, ... und Berlin wird leben, in: Willy Brandt, ... was zusammengehört“. Über Deutschland, Bonn 1993, S. 38. Den Satz variierte Willy Brandt 1990 viele Male.

---

## II.

---

Sich zu quälen kann lustvoll sein. Und lustvoll ist, was wir immer und immer wieder mit der eigenen Nation anstellen, auch anstellen lassen. Kein Deutscher verfiel auf die Idee, einen Franzosen zu fragen, wie er es mit der Nation halte. Umgekehrt sind wir jederzeit bereit, in uns zu gehen und Antwort zu suchen auf diese eine Frage; dabei wird sich noch entschuldigt – für die Größe und die Stärke des Landes, die Lage, die Geschichte, die Einheit und überhaupt. Fünf Jahre nachdem die innere Grenze fiel und vier Jahre nachdem die staatliche Einheit vollzogen wurde, ist das Spiel mit der deutschen Nation beliebter denn je und ein Ende nicht abzusehen. Aber werden ihm irgendwelche neuen Seiten abgewonnen? Nation und Nationalismus werden munter durcheinandergeworfen; der Nation wohne, so die Unterstellung, die Katastrophe immer schon inne. Aber wenn das Pendel zu lange in einem Extrem verharret, ist der Umschlag ins andere Extrem früher oder später gewiß. Intellektuelle Versuche, die Nation aus Zeit und Raum herauszulösen und zu einer statischen Größe zu machen, sind bislang in kümmerlichen Ansätzen steckengeblieben. Stiliert wurden sie, weil die linken Klischees nur mit Hilfe der rechten Gespenster gedeihen. Und sind sie nicht leibhaftig, so muß man sie erfinden. Was die Klischees angeht: Eigene Kraft steckt nicht darin, wohl aber jede Menge konservativen – rückwärtsgewandten – Gedankenguts. Die Zeiten, in denen Restauration rechts war, sind spätestens seit dem Vollzug der deutschen Einheit vorbei.

Die Reden und die Schriften reichen nicht? Anlässe werden auch sonst gesucht und gefunden, wenn nachzuweisen ist, daß die Geister der Vergangenheit wieder umgehen und die Nation nichts nutzt. Aber Neonazis sind eine quantité négligeable und eine Angelegenheit für die staatlichen Ordnungskräfte, vorausgesetzt, diese werden geführt und eingesetzt, wie es der Ordnung entspricht. Nichts steht hinter ihnen, keine Idee, keine Bewegung, keine Partei, die auf Zuspriech rechnen könnte. Die Lust an der totalen Provokation nährt eine Gesellschaft, in der die braune Vergangenheit immer aufs neue in die Gegenwart verlängert wird. Auch insoweit wäre der Verzicht auf das „Wieder“ in der Vereinigung geboten gewesen. Das „Wieder“ legt Kontinuitäten nahe, die keine sind und keine sein dürfen.

Das Wechselspiel um die antinationalen Klischees zu beenden und die Nation hinzunehmen als das, was sie ist, nämlich selbstverständlich, und darüber zur Tagesordnung überzugehen, kommt auch dem Bundeskanzler nicht in den Sinn. Anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des 20. Juli, des Tages, an dem das Attentat auf Hitler scheiterte, hütete er sich, das Wort zu verwenden. Weder sprach er von dem nationalen Verrat, gegen den die Verschwörer sich wandten, noch von der nationalen Ehre, die sie retten wollten. In dem Streben, „zu ethischen Werten und Maßstäben“ zurückzukehren, und einem „Akt sittlicher Selbstbehauptung“ aber ging der Widerstand nicht auf, weder der kleine noch der große, weder der der Arbeiter noch der des Adels oder des Militärs. Dem nichtkommunistischen Widerstand war ein nationales Bild von Deutschland eigen. Wer davon nicht reden will, bezieht seine Gründe nicht aus der Geschichte, sondern aus der Gegenwart. Helmut Kohl hatte 1989/90 die Gunst der Stunde erkannt und die nationale Einheit ins Werk gesetzt; von eben dieser sprach er am 19. Dezember 1989 in Dresden. Hätte er Skrupel gehabt und gezögert, wer weiß, wann die Gelegenheit wiedergekehrt wäre. Doch nicht alles, was geschieht, wird auch auf den Begriff gebracht. Und nicht jeder, der das Richtige tut, ist willens und fähig, es zu erklären, schon gar nicht dann, wenn die Gegenwehr groß ist. Und die Gegenwehr ist groß, nicht unbedingt der Zahl nach, aber in den intellektuellen Milieus und den meinungsmachenden Medien. Es ist nicht leicht, gegen sie zu regieren. Aber Regieren ist nie leicht gewesen und hat immer mit Führen zu tun. Durch die Auferstehung der Kommunisten hat sich das anti-nationale Klima noch verstärkt. Ein Vakuum füllt immer der, der es füllen will.

Was den 20. Juli angeht und den deutschen Widerstand, für den dieser Tag steht, sein Bild von der Nation war unbefleckt geblieben. Es war das Bild von dem einen und freien Deutschland. Wie sonst hätten die, die überlebten, ihre Kraft in den demokratischen Aufbau gesteckt und in die Überwindung der Teilung? Die Zuordnung des Wortes Nation im Nachkriegsdeutschland, hüben wie drüben, lohnte einmal eine eigene Betrachtung. Wer irgend dem Widerstand verhaftet gewesen war, nutzte es. Auch die drei ersten Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD nutzten es; aus ihrem Sprachgebrauch ist es nicht wegzudenken. Sie alle haben sich und ihresgleichen auch nie als Antifaschisten begriffen, sondern als Antinazis. Aber lebendig ist nicht das Erbe des Widerstandes, sondern das des Antifaschismus. In seinem Namen wurde in Ost und in West die Teilung erst hochgehalten und

dann über ihr Ende hinaus verlängert. In seinem Namen wurde die DDR erst heilig und dann selig gesprochen. Die Nutznießer des östlichen Herrschaftssystems und die, die es hätten werden können, die Ideologen und die Schwärmer und die ewig Unzufriedenen bilden einen um so mächtigeren Bund, als sie in Ost und West beheimatet sind und wie kommunizierende Röhren wirken. Ein antifaschistischer Konsens ist heute die Klammer, die besteht zwischen Demokraten und Anhängern der alten Herrschaft, den offenen wie verkappten. Die Parteinahme für die Demokratie wird gemieden und nur negativ gegen den Faschismus gekehrt<sup>5</sup>. Das antifaschistische Signum enthebt der Anstrengung des Begriffs und des positiven Bekenntnisses. Auf diesem Humus gedeiht die PDS. Stimmen bekommt sie nur im Osten, aber gemacht werden sie, stimmungsmäßig, auch im Westen.

Was dies mit der Nation zu tun hat? Die PDS trägt mit der kommunistischen Erbschaft auch die der Spaltung in sich. Weit über die unmittelbare Anhängerschaft hinaus werden beide Erbschaften gepflegt, ununterscheidbar. Wer sie abtragen – delegitimieren – will, muß den Mut aufbringen, nicht nur von der Demokratie zu reden, sondern auch von der Nation und dem Neuen, das sie mit sich bringt. Die Repräsentanten jenes mit Schimpf untergegangenen Staates konnten überhaupt nur wieder zu Ehren kommen, weil viel zuviel zurückgeblickt und die Vergangenheit viel zu weit in die Gegenwart verlängert wurde. Oder sollte genauer von den Vergangenheiten gesprochen werden? In gleichem Maße, in dem man meinte, die braune Diktatur in Gestalt von rechtem Extremismus verlebendigen zu müssen, wurde die rote Diktatur in den Schein des Bewahrenswerten gerückt. Die Redensarten, daß die DDR doch nicht so schlecht gewesen sein könne und die Teilung, Folge des verfehlten Ansatzes, sich nicht abschwäche, sondern eher noch vertiefe, spiegeln das Wunschdenken wieder. Es wird hauptsächlich dort verbreitet, wo zuvor die Einheit wenig oder nichts galt. Das Bild von der Mauer in den Köpfen hat sich festgesetzt. Eine Sinnestäuschung? Der Wille, die nationale Einheit zu vollenden, ist vielleicht vorhanden. Aber an welche Vorstellung ist er gebunden? An die von gestern und von vorgestern? Ein in sich einiges und modernes Land, seiner selbst gewiß und deshalb weltoffen, macht sich nicht von selbst und erst recht nicht dadurch, daß west-östliche Angewohnheiten summiert werden.

5 Vgl. bes. das Kapitel „Lebenslüge Antifaschismus“, in: Klaus Rainer Röhl, Linke Lebenslügen. Eine überfällige Abrechnung, Berlin 1994.

---

### III.

---

Was die Sache von 1989 angeht, die soviel Stoff für immer die gleiche Erörterung liefert, die deutsche Einheit ist das Ergebnis von Selbstbestimmung gewesen. Die große, die überwältigend große Mehrheit der Deutschen in der DDR hat, unter dem Beifall der Welt, von diesem Recht Gebrauch gemacht, als die Umstände und die Sowjets es zuließen. Die Westdeutschen waren, ebenfalls in ihrer großen Mehrheit, vollkommen einverstanden. Und dann hätten sie hinterher nicht wissen sollen, was damit anzufangen ist? Das Gedächtnis ist kurz, und in der Mediengesellschaft, deren Gesetze längst auch im Osten in Gültigkeit sind, zählt der Augenblick. Aber sich treiben lassen vom Augenblick, von einem zum nächsten? Art und Tempo der Vereinigung waren aus dem Volk heraus bestimmt worden. Lange Übergänge oder gar eine gespaltene Wirtschaft innerhalb eines Staates blieben Hirngespinnste und ohne realen Bezug. Die Einheit, die sich vollzog, war eine Einheit von unten, ihr Gestalt gegeben zu haben das Verdienst der politischen Führung. Daran darf erinnert werden, wenn immer noch einmal unterstellt wird, es sei alles falsch gemacht und alles falsch versprochen worden. Aber diese Mahnung verlangt Mut und Meinung. Den Mut zu sagen, daß es, so wie es war, gut war, und die Meinung, daß damals der Grund gelegt wurde und es nun nie mehr um das Ob geht, sondern um das Wie; wie sich die demokratische Nation findet und zurechtfindet. Das Geschehen der Einheit geht über in die Zukunft. Auf diesem Übergang sind große und kleine Fehler gemacht worden, solche aus Leichtsinne und Unwissenheit, auch solche aus gutem Glauben, aus Hochmut und Bequemlichkeit. Wie hätte es anders sein können in der Folge eines einmaligen Umbruchs? Aber Fehler sind dazu da, daß sie korrigiert werden oder zumindest in ihren Auswirkungen abgemildert – den politischen Willen vorausgesetzt, den Übergang so kurz wie möglich zu halten und der Erneuerung des Ganzen Raum zu geben.

Fehler haben sich von Anfang an eingestellt. Weder der Wechselkurs, der der Währungsunion zugrunde lag, noch die Eigentumsregelung waren der Inbegriff ökonomischer Weisheit. Daß westdeutsche Alteigentümer die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs rückgängig machen und eine Heerschar von Anwälten und Agenten in Lohn setzen konnten, ist kein Zeichen von Erneuerungswillen gewesen; den Schnitt zu machen,

hätte die Verfassung erlaubt, dies hätte den Aufbau erleichtert und üble Machenschaften nicht mehr begünstigt als die Rückgabe. Daß alle Rechts-, Verwaltungs- und Verfahrensvorschriften des Westens übertragen wurden und nun auch der Osten überreguliert ist, fällt in die Rubrik Fehler aus Bequemlichkeit. Die Einheit zum Anlaß einer eigenen Entschlackungskur zu nehmen und sie damit zu beschleunigen, fand der Westen bisher nicht angezeigt. Die Abneigung gegen den Wandel war groß und die Angleichung der Lohn-, Sozial- und Subventionsniveaus Ausfluß der Eigensucht. Neues im Osten hätte, Einheit verpflichtet so oder so, Rückübertragungen nach Westen zur Folge gehabt.

Aber weder die großen Sünden noch die kleinen Fehler, die ein so umwälzendes Ereignis nach sich ziehen muß, stellen das Prinzip in Frage oder heben es gar auf. Die nationale Einheit herzustellen war das Gebot jener Augenblicke 1989 und 1990. Zum erstenmal wuchs zusammen, was auch in Deutschland zusammengehört – Demokratie, Staat und Nation. Deshalb bleibt von vergiftender Wirkung, wenn immer wieder das Prinzip geprüft, das Wesentliche mit dem Unwesentlichen vermischt wird und es schick ist, das Ganze zu hintertreiben. Nichts, was in der Folge eines Ereignisses geschieht, ist unumkehrbar oder wenigstens unabwendbar. Die normative Kraft des Faktischen ist stark. Ist sie stark genug, die vielen zentrifugalen Kräfte zu bannen? Wirkung entfaltet sie ohnehin nur, wenn der Wille zu der einen Nation bekundet wird. Nationale Selbstgewißheit aber ist kein Ruhekitzel und schließt Modernität nicht ohne weiteres ein. Aber ohne sie? Was geht ohne sie?

Die Einheit von 1870/71, jene, die von oben vollzogen wurde, legt keinerlei Parallele nahe. Oder? Die Sache mit dem Pendelschlag bleibt sich immer gleich, und deshalb muß bedacht werden, daß ein inneres Gleichgewicht sich nie von selbst ergibt. Zwanzig Jahre nach der Reichsgründung, 1891, schrieb Georg von Vollmar, den man den königlich-bayerischen Sozialdemokraten nannte, seiner Partei ins Stammbuch: „Bei freier Wahl hätten wir die deutsche Einheit sicherlich ganz anders gestaltet. Aber nun sie einmal so und nicht anders geworden, sollen wir nicht unsere Kraft in unablässigen, unfruchtbaren Erörterungen des Vergangenen vergeuden, sondern uns auf den Boden der Tatsachen stellen und unser Bestreben darauf richten, die Mängel jenes Werkes nach Kräften zu bessern.“ Und er fügte hinzu: „Vermeiden wir ebenso die nationale Überhebung wie das Zerrbild, die Verneinung der Nation und die Selbstbeschimpf-

fung.“<sup>6</sup> Alles war anders damals. Und für unfruchtbare Erörterungen mochte es Grund gegeben haben. Aber heute?

Das Land zwischen Elbe und Oder hat sich gewandelt, und zwar zum Guten, und den meisten Bewohnern geht es besser, weit besser, als es ihnen in der Zeit der Teilung je gegangen ist. Die innere Grenze bleibt sichtbar, wie anders nach nur vier Jahren. Aber daß sie schwindet und mancherorts im Osten das modernere Deutschland entsteht, kann jeder sehen, der Augen hat zu sehen, und jeder hören, der Ohren hat zu hören. Will aber jeder sehen und hören? Und wer hat den Mut, die Maßstäbe zu benennen? Auch nur davon zu reden, daß eine Nation nicht erst dann eine ist, wenn alle Ungleichheiten beseitigt und alle nett zueinander sind, ist schon Verrat am herrschenden Geist. Die Nation, die eine ist und sein will, hält innere Spannungen aus. Aber vielleicht wird innere Uneinigkeit, ob tatsächlich vorhanden oder eingebildet, auch nur hochstilisiert, um das Ressentiment und die Rechthaberei pflegen zu können? Der Wille zur Nation schließt den Willen zum inneren Wandel ein. Und an dem scheint es hauptsächlich zu fehlen. Gemessen an der Größe der Aufgabe ist die Einheit auf den richtigen Weg gebracht. Ob er zu Ende gegangen wird, bleibt eine offene Frage. Der Schlüssel zum Verständnis der Nation ist ihr innerer Zustand. Die Nation ist kein abstraktes Wesen und an sich weder zum Guten noch zum Bösen gemacht. Hitler ist 1933 nicht an die Macht gekommen, weil Deutschland ein Nationalstaat war und die Geschichte es so vorgesehen hatte, sondern weil der Grund, in dem die Demokratie ruhte, brüchig war.

Es ist bisher objektiv gutgegangen, und dennoch bleibt das Gerede, daß es gerade nicht gutgehe, mächtig. Es wird weiter herumgestochert in der inneren Einheit und der Schwierigkeit, diese zu vollenden. Was sie sein und wohin sie führen soll? Daß sie sich in der Angleichung gegenwärtiger Verhältnisse nicht erschöpft, wird jetzt, nach der Wahl, ans Licht kommen. Und dann wird sich rächen, daß die Einheit in der bloßen Verteidigung des Guten und der Fortschreibung des Status quo steckengeblieben ist. Die anhaltende Verweigerung aller, denen die Richtung nie gepaßt hat und denen sie weiterhin nicht gefällt, ist nur die eine Seite der Einheit, jene Seite, die bisher im Mittelpunkt gestanden und die Debatte geprägt hat. Daher kommt es auf die andere Seite künftig mehr denn je an. Über den Fortgang der Dinge wird dort

entschieden, wo diese gewollt waren und werden. Der Fortgang aber ereignet sich nicht von selbst. Und Schulterklopfen ist selten ein Zeichen von Stärke, Selbstvertrauen und Zukunftswillen. Die stündlichen Wetterberichte werden seit kurzem mit den Hinweisen angereichert, daß diese oder jene Regenwolke rheumatische Beschwerden und dieser oder jener Kälteeinbruch Kopfschmerzen verursachen könne und dieser oder jener Ozonwert es geraten sein lasse, jedwede Betätigung einzustellen. Über eine Nation, die keine sein will, sagt die Lust am Leid ebensoviel aus wie die Abwehr gegen eine Hauptstadt und einen Umzug. Sich zu bewegen, und sei es von einem Ort zum anderen, ist immer noch nicht als Selbstverständlichkeit an der Tagesordnung. Zeichen von Dekadenz sind unübersehbar, in allen Teilen des Landes und auf mehr als einer Ebene.

Östliche Klagen, die laut und larmoyant vorgetragen werden, haben mit westlichen Selbstgefälligkeiten etwas gemeinsam: Das Risiko ist gering. Ressentiments kultiviert, wer sie sich leisten kann. Sie entstammen der Gewißheit, daß erstens der Weg zurück doch nicht eingeschlagen werde und zweitens der Westen für alles aufkomme. Dieser entspricht der Erwartungshaltung. Die Bereitschaft, sich jederzeit ein schlechtes Gewissen einreden zu lassen, ist ungebrochen. Daß man nicht genügend Rücksicht – darin steckt der ewige Blick zurück – nehme und nicht genügend Nachsicht übe, ist auch eine gängige Redensart, die ins allgemeine Bild paßt. Der Glaube, daß die Reserven unerschöpflich seien und man lange von der Substanz leben und geben könne und man im übrigen nur nett sein müsse, herrscht noch immer vor. Gutgegangen ist es bisher, weil die Reserven soviel hergegeben haben und niemandem, nicht einmal den Übeltätern von einst, wirklich wehgetan wurde. Die anti-demokratischen Strukturen zu zerschlagen und ihren Wiederaufbau zu verhindern, genügt eine Aktenbehörde nicht. Die Einheit wird vollzogen, wie die Revolution es vorgegeben hat – sanft und weich und voller Nachsicht. Insoweit erinnert der Umgang mit der Vergangenheit weit eher an die Frühzeit der Weimarer Republik als an das Jahr 1945. Damals, nach dem Ersten Weltkrieg, war Absicht im Spiel, und die demokratische Gegenwehr blieb stecken. Nach dem Ende der Nazidiktatur wollte niemand zurück, und Aussöhnung auf demokratischem Grund war leicht. Und heute, nach dem Ende einer anderen Diktatur? 1990 war man aus gutem Grund guten Glaubens. Wie hätte man sich vorstellen sollen, daß in einer Demokratie, die sich bewährt hatte und in der die große Mehrheit leben wollte, das diktatori-

<sup>6</sup> Zit. nach Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf o. J. (1958), S. 40.

sche SED-Erbe verklärt und benutzt wird, um Macht zu retten und sie sogar wieder aufzubauen? Eine Angelegenheit der Nation? Ein in sich gespaltenes Haus, so sagte Abraham Lincoln vor dem Bürgerkrieg, könne keinen Bestand haben. Aussöhnung ist alles, vorausgesetzt, der Grund, in dem das Haus – die demokratisch verfaßte Nation – ruht, ist fest. Aussöhnen mögen sich die, die auf diesem Grund stehen.

---

#### IV.

---

Die deutsche Nation lebt, und sie lebt weiter wie andere Nationen auch. Die Nation bleibt der natürliche und normale, der selbstverständliche Bezugsrahmen der Menschen, die in sie hineingeboren werden. Nach allem, was es sich und der Welt angetan hat, ist Deutschland in die Normalität eingekehrt. Eine Normalität, in die andere Nationen auf ihre je eigene Weise haben finden müssen. Noch niemand hat gesagt, was sein soll ohne solche Normalität. Vielleicht etwas Besonderes? Und wie soll Europa gedeihen, wenn seinen Nationen Normalität zugesprochen wird und nur der einen nicht?

Von Europa und dem Westen ist viel die Rede, wenn die deutsche Nation und deren Normalität negiert werden. Die Schwüre, die auf Europa getan werden, sind ebenso leer und langweilig geworden wie die Absagen an die deutsche Nation. Warum einen solchen Gegensatz konstruieren? Weil der Ausfluchte noch nicht genug sind? Nur um den Preis sofortigen Niedergangs könnte auf den Fortgang der europäischen Integration verzichtet werden. Aber Stillstand hieße Rückschritt, und ein Binnenmarkt ohne die Perspektive der gemeinsamen Währung wäre Rückschritt. Nationale Identität ist keine feste Größe in ewig unwandelbarer Form und ein Geldstück niemals unveräußerlich.

Deutsche Identität schließt heute den europäischen Bezug ein, aber darin aufgehen wird sie so wenig wie die einer anderen Nation. Die Chance einer neuen ökonomischen, auch technologischen Dynamik verstreichen zu lassen fällt stets nur dem ein, dem es zu gut geht. Geht es uns und unseren Nachbarn zu gut? Es hat bisweilen den Anschein, und tatsächlich ist die Frage des Niedergangs längst keine nationale mehr, sondern eine europäische. Was heute in Europa normal ist, reicht nicht, damit seine nationalen Teile, seien sie nun deutsch, französisch oder sonstwas, in dieser Welt

bestehen. Die Zeichen des Niedergangs sind diesseits und jenseits des Rheins einander ähnlich. Vieles ist alt geworden, mit und ohne die Herausforderung einer nationalen Einheit, und hier wie dort werden große Anstrengungen gemacht, das Alte zu bewahren. Eine Garantie gegen den Niedergang ist Europa, so wie die Welt geworden ist, längst nicht mehr. Aber die europäische Einigung eröffnet, ökonomisch, schließlich auch politisch und zumal unter den Kernländern, viele Möglichkeiten, so viele wie keine Nation, auf sich allein gestellt, je hätte. Allerdings steht Deutschland, herausgefordert durch die Einheit, unter dem ideellen und materiellen Zwang zur Erneuerung, der weit stärker ist als in irgendeinem anderen europäischen Land. Wenn wir uns diesem Zwang endlich beugen, werden viele mitgezogen werden. Europa hätte den Nutzen – und umgekehrt. Ein großes Land hat immer, ob es ihm und anderen gefällt oder nicht, eine große Verantwortung. Dämonen zu beschwören lohnt auch deshalb nicht mehr. Insoweit ist die Renaissance nationalen Denkens, ob eingebildet oder gegeben, ebenso rückwärtsgewandt wie die Flucht aus jenem Denken. Der Unterschied liegt einzig in der Zahl der Jahre und Jahrzehnte, die zurückgedacht wird.

Dieses Europa wird auf dem Weg der Einigung nur fortschreiten und sich in der Welt behaupten, wenn das größte, stärkste, mittendrin liegende Land sein Gewicht einbringt und sich nicht länger entschuldigt für seine Größe, Stärke und Lage. Um sein Gewicht einbringen zu können, muß man sich dessen bewußt sein. Sind aber die rhetorischen Bemühungen, Deutschland einen Platz im Kreis der Weltmächte zu sichern und einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten, nun Zeichen der Besserung? Was aussieht wie Selbstgewißheit ist in Wahrheit Selbsttäuschung und Ausdruck eines peinlichen, von Unsicherheit zeugenden Provinzialismus. Fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es keine Siegermächte mehr. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist ein Anachronismus, der aber nicht dadurch behoben wird, daß die Besiegten von damals aufschließen. Wenn die UN Gutes bewirken sollen in der Welt, muß ihr höchstes Gremium diese widerspiegeln. Die Reform ist überfällig, aber ausgerichtet wird sie sich nicht am Prinzip von einstigem Sieg oder einstiger Niederlage, sondern an dem gegenwärtiger Regionalisierung. Nicht nur Deutschland ist klein geworden. Die Regionen der Welt werden, in welcher Form auch immer, repräsentiert sein. Europa ist eine von ihnen. Ihm eine Stimme zu verleihen, wäre jede, auch jede deutsche Anstrengung wert, wenn nötig gegen die

europäischen Mächte, die sich aus der Vergangenheit so gar nicht lösen mögen. Die Politische Union fordern und sie zugleich hintertreiben, steht einer Nation, die eine sein will, nicht gut an. Und überhaupt, wenn Europa sich nicht einmal über eine gemeinsame Vertretung nach außen verständigen kann, worüber denn dann?

Was für die europäische Bestimmung gilt und die abgestandenen Redensarten, die darum gemacht werden, gilt erst recht für das Verhältnis zum Westen. Es wird strapaziert, als sei die Welt die von 1914 oder die sonst einer untergegangenen Epoche. Der Westen ist dort, wo Demokratie ist, und im übrigen eine geographische Größe. In seine Organisation streben Nationen, die im Osten liegen. Wer sonst wenn nicht Deutschland, geographisch hier wie dort zugehörig, soll diesen Drang befördern helfen? Der deutsche Kleinmut nutzt niemandem, nicht dem Land und seiner Demokratie, nicht dem einen Europa, nicht der westlichen Gemeinschaft, die ihre eigenen Grundsätze in dem Maße verrät, wie sie Völker hindert, sich diese zu eigen zu machen. Und was den Kleinmut angeht – wenn die Selbsteinschätzung nicht stimmt, kann er jederzeit in Hochmut umschlagen; das Beispiel der Vereinten Nationen ist lehrreich.

Deutschland oder Europa? Das eine nicht wollen heißt, das andere verfehlen und umgekehrt. Ohne die europäische Perspektive ist Deutschland nichts mehr. In einem der vielleicht nachdenklichsten Bücher über die deutsche Einheit hat der Philosoph Manfred Riedel das Selbstverständliche der deutschen und zugleich der europäischen Einheit in eins gefaßt: „Wir bewohnen wieder *ein* Land, das uns aufgebene Deutschland, das uns so ‚gegeben‘ ist, wie es für die Italiener *ein* Italien, für die Polen *ein* Polen, für die Franzosen *ein* Frankreich, für die Norweger *ein* Norwegen gibt; Dinge, die sich unseren Nachbarn im Süden und Norden, im Westen und Osten von selbst verstehen, während sie uns ungewöhnlich erscheinen. Wider unsere Gewohnheit und Vorliebe für die Aus-

nahme, gegen unser Verliebtsein ins Scheitern und den leidigen Hang zum Besonderen, Unnormalen haben sich die strittigen Dinge in der Mitte Europas zum Guten gewendet, so daß wir nichts mehr zu haben scheinen, was uns von den anderen Völkern abheben könnte. Endlich sind wir dabei, aus unserer gewohnten Sonderrolle herauszufinden und zu einem europäischen Mitvolk zu werden. Nachdem wir *ein* Vaterland haben, gilt es wieder zu erkennen, was unsere großen Denker von Kant über Fichte bis hin zu Nietzsche erkannt haben: daß die Europäer im Wesen alle nur *ein* Volk sind.“<sup>7</sup>

Die Schwierigkeiten, in unserer nach-industriellen Mediengesellschaft eine Aufgabe zu lösen, die klare Vorgaben und harte Entscheidungen erfordert, sind groß. Der Vorrat an Geld und gutem Willen ist nicht unerschöpflich. Wenn er erschöpft ist, was dann? Die Frage bleibt offen und das Urteil, daß die Dinge in der Mitte Europas sich „zum Guten gewendet“ haben, vorläufig. Die Reden und die Schriften über die Nation bewegen einen kleinen Kreis von Eingeweihten. Einem breiten Bedürfnis entstammen sie nicht, weder wenn ein Hoch ausgebracht noch wenn das „Nieder“ geschrien wird. Der Eindruck des Bemühten verwischt sich weiterhin nicht. Und so mag es denn sein, daß der Lärm längst nicht mehr den Gegebenheiten entspricht, daß auch die deutsche Nation den Charakter des Selbstverständlichen angenommen hat und lediglich das Artikulationsvermögen fehlt. Doch was nicht benannt wird, kann sich auf Dauer auch nicht von selbst verstehen. Ein Begriff, der vorhanden ist, bedarf der Bestimmung, andernfalls er auf einen alten Boden fallen wird, einen Boden, auf den er nicht fallen soll. Die Frage nach der deutschen Nation ist, fünf Jahre nach dem Mauerfall, die Frage, wie neu das neue Deutschland geworden ist und wie neu es sein will.

<sup>7</sup> Manfred Riedel, *Zeitkehre in Deutschland. Wege in das vergessene Land*, Berlin 1991, S. 210.

## Nationalismus – ein Alptraum?

---

### Zur Neuformierung Europas nach dem Kalten Krieg

---

Es war der Permafrost des Kalten Krieges, der in Europa die nationalen, kulturellen, religiösen oder sonstigen Differenzen unter dem Daumen hielt. Der Fall der Mauer wirkte politisch zwar befreiend, chaotisierte aber die Zeitläufe<sup>1</sup>. Von jener „neuen Weltordnung“, die Präsident George Bush am 11. September 1990 vor dem US-Kongreß kommen sah, ist nirgends mehr die Rede.

Im Osten des Erdteils löste der Umschwung von der Bevormundung zur Eigenverantwortung mehr Beschwerden aus als Freude. Das zeigt von Litauen bis Ungarn nicht zuletzt die erstaunliche Wiederkunft der eben noch vor aller Welt blamierten Kommunisten<sup>2</sup>. Allerdings treten ihre nach-sowjetischen Parteigebilde in den verschiedensten politischen Verkleidungen auf, nur nicht länger als Abkömmlinge der ‚Realsozialisten‘ früherer Tage.

Das Jaltasystem hat reichlich Altlasten hinterlassen. Selbst in den Ländern Westeuropas führte die Veränderung der Weltlage daher zu politischen Verwerfungen<sup>3</sup>. Zwar beabsichtigt die Mehrzahl dieser Staaten, sich auf absehbare Zeit zu einer „Politischen Union“ zusammenzuschließen<sup>4</sup>. Doch erweisen sich inzwischen nicht nur die bisherigen, sondern auch die in Maastricht (1991/92) beschlossenen Strukturen der diplomatischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit kaum als zeit- und problemgemäß.

Auch die Rolle und Stellung Deutschlands hat sich verändert, so daß die bedingten Reflexe der

Nachkriegszeit nicht länger gelten. In Bonn/Berlin ist eine Neubestimmung des Standortes gefragt. Die Deutschen hüben wie drüben haben in den vergangenen Jahrzehnten keine jeweils eigene, geschweige denn gemeinsame sozial-, kultur- oder außenpolitische Rollenidentität entwickelt, auf die jetzt Verlaß wäre, unter völlig modifizierten Rahmenbedingungen. Die Langzeitperspektiven unserer Politik nach dem Ende der westalliierten beziehungsweise sowjetischen Kuratel lassen sich kaum vorhersagen. Obschon Bonn das Wort Kontinuität unablässig im Munde führt, besteht für die Außenpolitik keine berechenbare Kohärenz zwischen der Altbundesrepublik und Deutschland.

Es hat nicht viel genützt, sondern wirkte einer Emanzipation wohl eher entgegen, wie sich heute erweist, daß wir seit 1949 vermieden haben, so etwas wie eine deutschland- und nationalpolitische Verantwortungsethik nicht nur zu entwerfen, sondern auch im Alltag umzusetzen<sup>5</sup>.

---

### Selbstvergessen

---

Im Vorfeld der durch die deutsche Wiedervereinigung ausgelösten Hektik, die EG in einen Bundesstaat zu verwandeln, hatte die englische Premierministerin Margaret Thatcher den mit diesem Vorhaben verbundenen Verschmelzungsdruck in der Gemeinschaft gerügt. Das erscheint heute, inmitten der Nach-Maastricht-Ernüchterung<sup>6</sup>, klug gewesen zu sein: Nur 16 Prozent der Bundesbürger sehen noch Vorteile in einer EU-Mitgliedschaft, und weit weniger als zehn Prozent der deutschen Manager meinen, der Binnenmarkt biete ihnen wirtschaftliche Extrachancen<sup>7</sup>. Auch John Major, der von der Themse aus mit großem Schwung „at the heart of Europe“ zielen wollte, mußte erfahren, daß die Brüsseler Geschäftigkeit keine Her-

1 Laut infas-Institut halten 70 Prozent der Bundesbürger die weltpolitische Lage nach der Auflösung des Ostblocks nicht für sicher, vgl. Reinhard Rudat, Ende des Kalten Krieges, in: Information für die Truppe, (1994)8, S. 38f.

2 Vgl. Wolfgang Koydl, Kehren die Kommunisten zurück? Gefahren für Mittel- und Osteuropa, in: Europa-Archiv, (1994) 5, S. 141ff.

3 Nicht zuletzt der ‚Atlantismus‘ ist betroffen, weil sich laut Owen Harries, The Collapse of the ‚West‘, in: Foreign Affairs, 72 (1993) 4, S. 42, herausstellt, „the political ‚West‘ is not a natural construct but a highly artificial one“.

4 Vgl. Walter Laqueur, Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945–1992, München 1992.

5 Vgl. Gregor Schöllgen, Die Macht in der Mitte Europas, München 1992.

6 Vgl. Ralf Dahrendorf, Fraktur reden über Europa, in: Focus, (1993) 43, S. 78.

7 Daten in: Einheit vom 2.9. 1993, S. 1; Welt am Sonntag vom 26. 12. 1993, S. 23.

zensangelegenheit zu sein scheint, weder für seine Landsleute, noch überhaupt für die EU-Europäer.

Auch dazu paßt, was Charles Powell<sup>8</sup> berichtet hat. Vor einigen Jahren wurde Frau Thatcher aus Anlaß einer Staatsvisite am Rhein vom deutschen Bundeskanzler eingeladen, mit ihm ein paar Stunden im heimatlichen Rheinland-Pfalz zu verbringen. Der Besuch war als freundliche Geste gedacht, und es wurde ein heiterer Tag. Nachmittags fuhr die Gruppe nach Speyer. Dort, in der Krypta des Doms, während Frau Thatcher die Relikte eines früher einmal vereinten Abendlandes besichtigen konnte, nahm der Kanzler Powell beiseite. „Nachdem sie mich nun hier auf meiner heimatlichen Erde an der Grenze zu Frankreich und im Herzen Europas gesehen hat“, so überliefert der Zeitzeuge<sup>9</sup> den Auftrag des Bundeskanzlers, „wird Frau Thatcher wohl endlich begreifen, daß ich nicht deutsch bin, sondern europäisch. Versuchen Sie doch bitte, ihr das beizubringen.“

Mehr mit gespielter Tapferkeit denn aus Überzeugung versprach der Berater, sein Bestes tun zu wollen. Kurz danach bestieg die englische Besucherin ihr Flugzeug, um nach London zurückzukehren. Während Powell darüber nachsann, wie er sich des heiklen Auftrags entledigen könne, lehnte sich Frau Thatcher in ihrem Sitz zurück, streifte erleichtert die Schuhe von den Füßen und verkündete mit jener Entschiedenheit, für die sie nicht nur in der Downingstreet bekannt war: „Mein Gott, Helmut ist ja so deutsch!“

Eine amüsante Geschichte, sicherlich, doch eine Szene mit doppeltem Boden. Dem Blick über den Tellerrand war zwar schon lange klar, daß die Deutschen gerade dann, wenn sie nachdrücklich weltläufig, friedensliebend, naturverbunden oder auch gesellschaftsutopisch sein möchten, dem Ausland immer sonderbar vorkommen. Je internationalistischer wir sprechen, desto mittelhochdeutscher scheint das für fremde Ohren zu klingen. Diese Exotik strahlen wir (noch) immer aus, auch ohne die nachbarlichen Vorurteile, die einen langen Atem besitzen<sup>10</sup>. Und wenn wir gar lauthals betonen, aus welchen Gründen auch immer keine Deutschen mehr sein zu wollen, dann wirken wir

vollends ‚tümelnd‘, und damit eben gerade echt ‚germanisch‘.

Wo doch sonst kein Mensch nachzuweisen versucht, seine Identität abgelegt zu haben und eines derartigen, mit Adalbert von Chamisso gesprochen, „Schattens“ auch gar nicht zu bedürfen<sup>11</sup>. Immer wenn es auf dem Alten Kontinent also irgendwie fundamentalistisch wird oder nur ausgesprochen gründlich zugeht, ist laut Außenwahrnehmung das Deutsche nicht fern, nicht zuletzt bei der Selbstverleugnung<sup>12</sup>. Everybodys darling bis zur Selbstaufgabe, als Richtschnur des deutschen Selbstbildes und damit als Leitlinie der eigenen Außendarstellung, so hätten wir es gern? Ohne kollektive Symbolsicherheit ist Integration nach innen wie außen im Sinne der Quasiformel *Offenheit = (f) Zugehörigkeit* jedoch kaum zu haben. Zwar gehört die Nichtannahme des eigenen Volkes als „Zutrauenssphäre“ (Plessner) laut Karl Otto Hondrich<sup>13</sup> fraglos zu den Hypothesen der Verfehlungen unserer jüngeren Zeitgeschichte; die resultierende „split identity“<sup>14</sup> kann sich aber als Quelle neuer politischer Fehlleistungen herausstellen.

Was passiert, wenn die als „Verfassungspatriotismus“ (Sternberger) ausgegebene Entbehrlichkeit der Eintracht unter Streß gerät? Etwa weil – frei nach einer Bemerkung von Graham Greene<sup>15</sup> – „national honour which had survived Belsen depended now on a rate of exchange of the deutschmark“? Die Fixierung des kollektiven Selbstbewußtseins auf den Wirtschaftserfolg<sup>16</sup> muß das Funktionieren der politischen Gemeinschaft belasten, falls in Abschwungphasen das ökonomische Wohlbefinden einer allgemeinen Jammerstimmung weicht.

Der Bundeskanzler hat in Speyer aus lauterem Herzen gesprochen. Und dem steht nicht entgegen, daß er ansonsten so oft und so gerne das Wort vom Vaterland im Munde führt. Der selbsternannte Enkel Adenauers glaubt im Geist der

11 Vgl. Wilhelm Schmid, Was geht uns Deutschland an?, Frankfurt am Main 1993.

12 Als Beispiel vgl. Peter Glotz, Der Irrweg des Nationalstaats, Stuttgart 1990. Vgl. demgegenüber die Überlegungen von Dieter Henrich, Nach dem Ende der Teilung. Über Identitäten und Intellektuelle, Frankfurt am Main 1993.

13 Vgl. Karl Otto Hondrich, Das Volk, die Wut, die Gewalt, in: Der Spiegel, Nr. 1/1993, S. 29f.

14 Simon Bulmer/William Paterson, The Federal Republic of Germany and the European Community, London 1987, S. 1.

15 Graham Greene, Our Man in Havana (1958), London 1970, S. 186.

16 Vgl. Dieter Fuchs, Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989, S. 125.

8 Sir Charles Powell, ehemals Deutschlandkenner im Dienste der britischen Regierung, war laut John Dickie (Inside the Foreign Office, London 1992, S. 266f.) einer der einflussreichsten Berater von Lady Thatcher.

9 Zwangsjacken sind höchst unbequem. Englands skeptischer Blick auf Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 10. 1992, S. 36.

10 Vgl. Günter Trautmann (Hrsg.), Die häßlichen Deutschen?, Darmstadt 1991.

frühen Nachkriegsjahre an eine Europäität als (im Sinne Hegels) „Aufhebung“ jener vielgeschmähten Last der eigenen Geschichte<sup>17</sup>.

Solche Flucht in die fremde/europäische Identität<sup>18</sup> wirkt jedoch nicht nur absonderlich, sondern ist erwiesenermaßen riskant. Ihr fehlen alle Anschlußstellen, weil es keine „europäische Staatsnation“ (Aron) gibt. Überdies mutet sie in einem drastisch veränderten Umfeld nur noch neurotisch an und ist derart für andere unberechenbar. Die mehr oder weniger verborgene Logik der bundesrepublikanischen Gegebenheiten der letzten vierzig Jahre verlangte immerhin, daß man zumindest das außenpolitische Eigeninteresse den Verbündeten von den Lippen abzulesen trachtete.

Laut Arnulf Baring besteht das Beunruhigende der neuen Lage für uns und die Nachbarn darin, daß das wiedervereinigte Land erst lernen muß, was es wollen soll, seit die klaren Fronten der Nachkriegspolitik der Vergangenheit angehören<sup>19</sup>. Der Berliner Politikwissenschaftler erläutert überzeugend, warum sich „viel mehr ändern wird, als uns lieb ist“. Im Rückblick wird deutlich, daß es sich mit der bisherigen Rheinbundmentalität so gut leben ließ, weil Bonn in der Welt bis dato unter alliierter Kontrolle auftrat<sup>20</sup>.

---

## Fluchtpunkt Europa?

---

Aber von derartigen Unbeschwertheiten einmal abgesehen hatte das Auftreten Westdeutschlands

---

17 Diese Haltung geht über die Linie hinaus, die mit Waldemar Besson einer der einflußreichsten Politikwissenschaftler der Altbundesrepublik vertrat, wenn er zwar die deutsche Einheit aufgab, immerhin aber einem westdeutschen Nationalstaat/Patriotismus das Wort redete, den er im Namen eines „europäischen Bundesstaates“ keineswegs „zum alten Eisen werfen“ wollte. Vgl. Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1970, S. 459.

18 Alfred Grosser, France and Germany in the Atlantic Community, in: F. O. Wilcox/H. F. Haviland (Hrsg.), The Atlantic Community, New York 1963, S. 32f., hat bereits davon gesprochen, daß die Bundesrepublik mehr unbewußt als bewußt die ideologische Übereinstimmung mit dem Westen der nationalen Solidarität vorziehe.

19 „Es gibt keine Politik Deutschlands, die mehr wäre als die allseitige Verkündung guten Willens“. Arnulf Baring, Deutschland, was nun?, Berlin 1991, S. 132.

20 Und weil nie genauer festgelegt zu werden brauchte, was wir als Nation und nicht nur als Bundesdeutsche eigentlich sein möchten. Nämlich ganz westorientiert, oder – wie sich jetzt zu erweisen scheint – wohl nicht mehr wie früher eher östlich, aber doch durchaus zu einer geopolitischen Mittel-lage gehörend, die Perspektiven aufnötigt, die in Rom, Paris oder in London anders sind.

durchaus Einfluß, vor allem durch sein gefülltes Scheckbuch<sup>21</sup>. Im Windschatten der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges können wir nicht länger verweilen, selbst wenn wir es wollten, die eigenen Konturen sind zu sperrig geworden. Es geht dabei gar nicht um eine Korrektur unserer Westorientierung<sup>22</sup>, darüber wird bislang nur am Rande des politischen Spektrums gemunkelt. Inzwischen bewegen wir uns aber in einer veränderten Architektur der internationalen Politik, so daß die überkommenen Verhaltensmuster zum Teil überholt wirken<sup>23</sup>.

Selbst der Verweis auf Europa, nach 1945 die Fluchtbürg unserer beschädigten Identität, schafft keine neuen Bezugsgrößen. Denn mittlerweile verblaßt der föderalistische Traum<sup>24</sup>, und auch in Deutschland wird deutlich, was woanders immer klar war: Daß durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit allein kein überstaatliches Zusammenwachsen des Alten Kontinentes erreicht wird. Und schon gar nicht eine gemeinschaftliche Staatszwecklehre beziehungsweise ein europäisches Bundesgefühl als politisch tragender Grund des gemeinschaftlichen Handelns auch unter Streß oder Zeitdruck.

Die Differenzen, die sich seit drei, vier Jahren bei fast jeder Einforderung politischer Gemeinsamkeit in den Hauptstädten der EU beobachten lassen, sind keineswegs auf mangelnden Willen der politischen Kaste zur Kursabstimmung zurückzuführen. Sie spiegeln unterschiedliche Traditionen, Lagebedingungen, Entwicklungsunterschiede oder/und besondere historische Erfahrungen der vielen Mitspieler in der Brüsseler Gemeinschaft.

Es ist eine Binsenweisheit, daß die Existenz gegeneinander konkurrierender, gar um weltpolitischen Einfluß ringender integraler Nationalstaaten mit dem Gedeihen Europas nicht mehr kompatibel

---

21 Vgl. Christian Hacke, Weltmacht wider Willen, Berlin 1993<sup>2</sup>. Wilfried von Bredow/Thomas Jäger, Neue deutsche Außenpolitik, Opladen 1993.

22 Vgl. Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Berlin 1993.

23 Selbst wenn diese Einsicht unter Intellektuellen verpönt bleibt, vgl. Hauke Brunkhorst, Eine schaurige Debatte, in: Die Zeit vom 7. 1. 1994, S. 47. Hier gerät die „ohne Not vom Zaun gebrochene Debatte über nationale Identität“ zum „größten Unglück im gegenwärtigen Deutschland“, so als ob es kein Millionenheer von Wohnungssuchenden, Armen oder Arbeitslosen gibt. Für eine komplexere Sicht vgl. Richard Schröder, Deutschland schwierig Vaterland, Freiburg i. B. 1993, S. 16ff.

24 Überdies wurden ihm am 12. Oktober 1993 vom Bundesverfassungsgericht strikte Markierungen gezogen, vgl. Thomas Schotten, Die Grenzen des Gemeinschaftsrechts, in: Das Parlament vom 22. 10. 1993, S. 11.

ist<sup>25</sup>. Viele Probleme, etwa im Umweltbereich, können nicht länger einzelstaatlich gelöst werden. Aber daß eine kontinentale Identität ohne die Zwischenstufe des Nationalstaates als des zuständigen öffentlichen Raums möglich sei, in dem allein sich Teilnahme, Solidarität oder Freiheit lernen, gestalten und erhalten lassen, das war von Konrad Adenauer über Willy Brandt bis zu Helmut Kohl eine der Utopien der Bundesrepublik Deutschland<sup>26</sup>. An ihr hielt und hält man fest, obschon sich die EU-Bürger auch hierzulande längst sicher sind, daß der beschrittene Weg in die Europäische Union nötig ist; mittlerweile droht jedoch Wohltat zur Plage zu werden, falls die zwischenstaatliche Kooperation weiter zu einem riesigen Zentralstaat fehlmodernisiert werden sollte.

Man kann mit Burkhard Wehner<sup>27</sup> in der gegenwärtigen Umbruchszeit sicherlich darüber spekulieren, ob es nicht leistungsfähigere Staatsformen gibt als die überkommenen Nationalstaaten. Der Politologe nimmt die Idee von Präsident Woodrow Wilson für unser Jahrzehnt wieder ernst und entwickelt gleichsam die Vision einer Art von fließender Landkarte, auf der jede Zusammengehörigkeitsgruppe sich ihren Staat schaffen darf, gegebenenfalls gleich mehrfach, je nach Bedarf oder Gelegenheit.

Obschon der Autor davon ausgeht, solchermaßen zur Entfeindung nicht nur auf dem Alten Kontinent beizutragen, ist sein Lösungsvorschlag angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen

25 Immerhin wurde Europa früher überschwemmt von nationalistischen Grundwellen mit sehr unterschiedlichen Entstehungshintergründen und Ausprägungen. Seit der Französischen Revolution blieb für irgendwelche Selbstdistanz der zum großen Wir aufgeschlossenen, in Einheitsstaaten zusammengefaßten oder jedenfalls nach dieser Formgestalt strebenden Völker oder Regionen selten Raum. Besonders aggressiv fiel solche Verbohrtheit allerdings aus, wenn die Nation keineswegs „eine Gemeinschaft der mündig gewordenen Bürger“ (Schieder) bildete. Dann geriet entweder die Zurechnung der breiten Masse zum Ersatz für die von außen oder auch von oben – je nachdem – vorenthaltene Selbstbestimmung. Oder aber, das ist eine andere historische Spielart, Großgruppen waren rechtlich im Nachteil beziehungsweise wähten sich von der bestehenden Staatenstruktur übervorteilt, was nicht nur in der ostmitteleuropäischen Vielvölkerzone oft genug vorgekommen ist.

26 Um vom ehemaligen SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine gar nicht zu reden, der noch im Herbst 1990 mit Blick auf Deutschland nur noch von einem „Übergangsgelände“ auf dem Weg in die „Vereinigten Staaten von Europa“ sprechen mochte. Über die nationalpolitischen Bauchschmerzen der SPD vgl. Eberhard Straub, Angst vor der Nation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 9. 1992, S. 33.

27 Vgl. Burkhard Wehner, Nationalstaat, Solidarstaat, Effizienzstaat. Neue Staatsgrenzen für neue Staatstypen, Darmstadt 1992.

auf dem Balkan oder in Ruanda anzuzweifeln. Das Gedeihen der zivilisierten Moderne hängt ab von der Fähigkeit der Großgruppen, Unterschiede nicht nur auszuhalten, sondern mit Hilfe von universalisierenden Gesetzen den Sozialverkehr der untereinander Uneinigen reibungsarm zu halten.

Denn Politik machen heißt, Differenzen zu regeln. Die Herstellung von Konsens in allem und jedem, wie es die moderne Diskurstheorie suggeriert, wird hingegen nicht verlangt oder sie ist gar nicht möglich. So gesehen waren die Nationalstaaten zur Zeit ihrer Einführung ein Modernisierungselement par excellence. Sie entsprechen im Idealfall aufklärerischen Vorstellungen einer Vergesellschaftung als „Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen“<sup>28</sup>, sind mithin ein Modus der Verfeindungskontrolle.

Das auftrumpfende regionale Selbstbestimmungsrecht hingegen hat sich historisch als Vehikel der Abgrenzung erwiesen und damit zu Zeiten auch als Instrument der Barbarisierung<sup>29</sup>. Selbstredend ist jede Vergemeinschaftung, das hatte Präsident Wilson ursprünglich im Auge, auf Legitimität und damit auf Loyalität angewiesen. Und diese Zustimmung geriet immer dann zur knappen Ressource, wenn sich eine der Einheiten, aus denen die Staatsträgerschaft zusammengesetzt ist, gegenüber den anderen Gruppen hervorzutun suchte. Solcher Vorherrschaftsdrang läßt sich im verflochtenen Jugoslawien ebenso ausmachen wie in der ehemaligen UdSSR: Einmal waren es die Serben, die sich als Titularnation aufspielten, das andere Mal wollten die Russen alles bestimmen. Durch solche Bestrebungen erst kommt es zur gesellschaftlichen Fragmentierung, eine Spirale des ethnischen, religiösen oder auch nur historisch-psychologischen Gegeneinanders beginnt. Und diese Konfrontation kann, wie heute in Bosnien, bis zur wechselseitigen Auslöschung führen, wohl auch in der allerdings verfehlten Absicht, das Unheil für alle Zukunft abzuwehren, indem man es heute der anderen Seite antut.

28 Immanuel Kant, Metaphysik der Sitten (1797), in: Werke, hrsg. v. Wilhelm Weischedel, Band 8, Frankfurt am Main 1968, S. 431.

29 Der englische Sozialanthropologe Ernest Gellner, Pflug, Schwert und Buch. Grundlinien der Menschheitsgeschichte, Stuttgart 1990, hat die evolutive Leistung der Erfindung homogenisierter Kulturgesellschaften aufgewiesen. Die Stämme, Stadtstaaten, Dynastien, Clans oder Theokratien, die es vorher gab und die kein bißchen friedlicher waren, lassen den Nationalstaat als optimale Verfassung der Moderne erscheinen, die selbst wiederum aufzufassen ist als Paßform der Fabrikära. Vgl. ders., Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.

Wer mithin die Zersplitterung vermeiden will, auch jene, die heute unter dem ebenso lyrischen wie politisch oft nicht zu Ende gedachten Schlagwort des Regionalismus gehandelt wird, hat den Zusammenfassungs- oder Mehrgruppenstaat zu pflegen. Dabei sollte für die EU angemahnt werden, daß das Prinzip des angemessenen Umfangs derartiger Gebilde<sup>30</sup> nicht aus den Augen verloren werden darf. Schon der Sozialökonom Leopold Kohr<sup>31</sup> hat von einer ‚kritischen Größe‘ der Staaten gesprochen.

---

## Miteinander

---

Gleichwohl stellt ein dem Gemeinsinn verpflichteter Staat die modernste Form der politischen Komplexitätsminderung dar<sup>32</sup>, wie Erich Hobsbawm es in einer kritischen Studie über Mythos und Realität von Zugehörigkeitsgruppen seit 1780 dargelegt hat<sup>33</sup>. Der englische Autor vertritt allerdings eine Weltsicht à la Metternich, indem er Umfassungsstaaten das Wort redet, ohne das tragende Zugehörigkeitsbewußtsein, zumeist also das Nationalgefühl, zu beachten. Mit Blick auf die Geschichte scheint Hobsbawm<sup>34</sup> also jener Zusammengehörigkeitsmythos riskant zu sein, den Nietzsche in seiner Schrift über „Die Geburt der Tragödie“ (1872) zur Ökologie einer jeden Gesellschaft zählte, weil er die Meßlatte seiner ethischen Erwartungen bilde.

Hobsbawm hält diese Übereinstimmung statt dessen für ausgrenzend. Darum äußert er sich, und mit ihm die politische Linke, gegen die Nation als „vorgestellte Gemeinschaft“ (Benedict Anderson). Freilich unterschätzt der Historiker das Bedürfnis der Menschen nach Eintracht<sup>35</sup>. Mit dieser

30 Zum Auseinandertreten von Größe und ökonomischer Effizienz neuerdings P. F. Drucker, *Post-capitalist Society*, Oxford u. a. 1993, S. 138ff.

31 Vgl. Leopold Kohr, *The Breakdown of Nations*, New York 1957.

32 „And the need for such cohesion will increase“, wie Claus Offe betont, *On the Tactical Value of National Sentiments*, in: *Critical Sociology*, 17 (1990) 3, S. 9ff., hier S. 15.

33 Vgl. Eric Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus*, Frankfurt am Main – New York 1991.

34 Vgl. ders., *Nationalismus und Ethnizität*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, (1992) 7, S. 612ff.

35 Laut Michael Walzer, *Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik*, Berlin 1990, stellen Nationen jene Enkulturationsform dar, mit deren Hilfe sich die Menschen in der Welt orientieren lernen. Dabei erhellt der amerikanische Denker nicht nur die nationale Dimension jeder Biographie. Für das Gelingen der gesellschaftlichen Ordnung ist das Engagement der Bürger unerlässlich. Woher sonst

Fehlgewichtung mentaler Handlungsmotive befindet er sich in guter Gesellschaft. Die Intellektuellen haben stets die historisch so augenfällige Dynamik von Gefühlen vernachlässigt. Vor allem ignoriert der moderate Materialismus eines Hobsbawm, daß es weniger solche Zugehörigkeitspathetik als vielmehr elitäre Machtinteressen waren, die in den letzten Jahrhunderten die Völker aufeinander gehetzt oder aber Feindschaften im Inneren durch Wir-ih-Hysterien gefördert haben. Selbst der übelste Auswuchs des Fremdenhasses, der Antisemitismus als Massenphänomen, ist per se keineswegs eine Resultante des National- oder Zugehörigkeitsgefühls, sondern war zumeist Auswuchs verfehlter Sozialpolitik oder aber das Ergebnis gezielter Anstiftens beziehungsweise bewußter Unterlassungen<sup>36</sup>.

Paradoxerweise können nur florierende Nationalbeziehungsweise Nationalitätenstaaten zur transnationalen Konfliktregelung bestimmte Zuständigkeitsbereiche an eine übergeordnete, im europäischen Fall also Brüsseler Instanz abtreten ohne allzu große Sorgen um Identitätsverluste. Das kann gelingen, solange maßvoll vorgegangen wird, ohne damit einen neuen, diesmal nationalitätenstaatlichen Zentralismus zu schaffen. Ihm dürfte es in Zukunft kaum anders ergehen als den Riesenreichen früherer Zeiten, die von ihrer jeweiligen Epoche gehaßt wurden, weil sie sich zu Völkergefängnissen aufblähten.

Im diplomatischen Geschäft von heute sind der Nationalstaat, jederlei Zugehörigkeitsgruppen oder auch die Legitimität von politischen Gebilden jedenfalls Faktoren von Gewicht. Wem das nicht deutlich sein sollte, der sei auf die Veröffentlichungen des französischen Managers und Publizisten Alain Minc verwiesen. Erschöpfend diskutiert der Bestsellerautor<sup>37</sup> die Ecken und Kanten der Neuformierung auf dem Alten Kontinent nach dem Ende der Systemauseinandersetzung. Das Buch ist aus Pariser Sicht geschrieben, entsprechend nervös richtet sich der Blick nach Mitteleuropa, wo sich jenes „vaste empire“ (Brissot) der Deutschen wieder einzurichten scheint, das die französische Politik seit den Zeiten des Kardinal Richelieu so beunruhigt hat.

speist sich öffentliche Verantwortlichkeit, wenn nicht aus einem Gefühl der Zugehörigkeit? Der Patriotismus wäre demnach eine Art von Gesellschaftsvertrag, wie wir den Irritationen über den möglichen Verlust dieser Bezugsdimension im Nach-Maastricht-Debakel unschwer entnehmen können.

36 Vgl. Zygmunt Bauman, *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg 1992, S. 81ff.

37 Vgl. Alain Minc, *Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa*, Hamburg 1992.

Nicht daß der Autor anti-deutsch argumentiert, das tut er ganz und gar nicht. Er sieht nur die Gewichte auf dem Erdteil verschoben, wodurch die bisherige Diplomatie Frankreichs überdacht werden muß. Und er legt offen, daß das Nachbarland etwa mit Blick auf die Verteidigungspolitik über kurz oder lang zu einer Neu- oder wenigstens doch Umdefinition seiner Haltung genötigt sein dürfte. Obschon Alain Minc die europäische Kooperation in Form der EU also fortdenkt, erscheint es ihm illusorisch anzunehmen, daß die nationalen Standortfragen damit gelöst sind.

Vor allem die Entstehung neuer Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa habe dem europäischen Theater einen anderen Spielplan beschert. Wenn man Unsicherheiten wie die ruinöse Lage Rußlands oder die Risiken einer Ausdehnung der Konfliktualität am südöstlichen Saum Europas bedenke, lasse sich schon jetzt absehen, daß auf dem Kontinent ein „Wiederaufleben des politischen Denkens“ zu erwarten sei. Dadurch aber stellten sich nicht allein innenpolitische Fragen wie die Staats- und Ordnungspolitik neu zur Debatte, sondern ganz fraglos auch außenpolitische Sicherheitsfragen.

Deutschland ist nach Jahrzehnten der Außenlenkung in die „Zone eigenster Verantwortung“ (Ludwig Dehio) gerückt. Das ist zwar nicht die Ursache der Lageveränderung in Europa, es verlangt aber eine Sichtung der Bestände in diesem Land, das zusammenfinden muß. Offenbar ist die Nachkriegszeit auch insofern zu Ende gegangen, als die Wessis unter ziemlichem Abschiedsschmerz erkennen müssen, was die Osis ohnedies ahnten: Daß die Wiedervereinigung sich weder aus der Portokasse bezahlen läßt, noch ohne mentale Veränderungen abgeht.

Die altbundesrepublikanische Befindlichkeit ist in einem geradezu nostalgischen Buch<sup>38</sup> beschrieben worden. Mustergültig aufbereitet und schon mit historischem Flair versehen, finden sich hier Daten, Deutungen und Selbstbilder aus der vierzigjährigen Chronik der Bonner Republik. Sie gibt es nun nicht mehr, selbst wenn das immer noch nicht allen Altbundesbürgern klar sein dürfte. Den Autoren selbst scheint nicht ganz bewußt gewesen zu sein, daß es sich bei ihrer Studie um einen Schwanengesang handelt, wenngleich zu lesen steht, daß „die Geschichte der deutschen Standortentwürfe Gefährdungen enthält“. Zu hoffen sei indes, daß die Zukunft nichts anderes bringe als

eine Fortsetzung der bisherigen Rheinbundstaatlichkeit.

Dieses Wunschdenken hat sicherlich damit zu tun, daß die Verfasser, Mainzer Politologen, der Zustandsrationalität der Bonner Vergangenheit ebenso verpflichtet bleiben wie der demoskopischen Datenlogik, die am Ende nur noch das erheben kann, was vorher als *political correctness* denküblich war<sup>39</sup>.

---

## Neuanfang

---

Im Rückblick wird erkennbar, daß die Bundesbürger ihre Wirklichkeit verzerrt wahrgenommen haben und allerlei Illusionen frönten: in der Deutschlandpolitik, in der Europapolitik, womöglich auch in der Sicherheitspolitik. Zudem unterstellte die Wirtschaftspolitik einen linearen Aufschwung, der bei der Festigung des Weststaates am Rhein eine besondere Rolle gespielt hatte. Angesichts der Misere nach dem verlorenen Krieg und der Teilung des Landes bestand die damalige ‚Lösung‘ der deutschen Frage also in einer Vertagung der Forderung des Grundgesetzes, eine vertretbare Identität der Deutschen zu formulieren:

– Wir flohen lieber in die Abendlandidee und damit in den Westen und überließen die vielbeschworenen „Brüder und Schwestern in der SBZ“ ihrer Unterdrückung.

– Wir ersetzten die Pflege eines Zugehörigkeitsgefühls, auch Patriotismus genannt, durch einen reichlich aufgeplusterten Stolz auf unsere wirtschaftliche Tüchtigkeit<sup>40</sup>.

---

39 Werner Weidenfeld zählt zu den Köpfen, die über den Status quo negativus der Jalta-Ära hinaus und damit quer zu den Verhältnissen zu denken vermochten. Derlei Kreativität war in der Politikwissenschaft eher Mangelware. Jedenfalls wenn man der Studie von Jens Hacker über „Deutsche Irrtümer“, Berlin 1992, folgt, der sich mit den „Schönfärbern und Helfershelfern der SED-Diktatur im Westen“ beschäftigt. Wenngleich seine Belege zuweilen die Zustandshuldigung mit Kollaboration verwechseln, ist es gleichwohl erschreckend, in welchem Ausmaß sich Wissenschaft und Politik mit den Negativitäten des Kalten Krieges versöhnt hatten, ja, diese gleichsam zu der Weisheit letztem Schluß erhoben. Und dabei bezieht sich Hacker nur auf deutschlandpolitische Fragen, läßt etwa die Systemvergleichsforschung der letzten Jahrzehnte außer acht, die der Diktatur auf ostdeutschem Boden schließlich fast den Hof machte.

40 Dazu vgl. die Angaben bei D. Fuchs (Anm. 16), S. 127. Auch W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Anm. 38), S. 93ff.

38 Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte, Die Deutschen. Profil einer Nation, Stuttgart 1991.

---

## Themenwechsel

---

Als Ersatzheimatgefühl begleitete diese Wohlstandsseligkeit die Bonner Jahre. Unter dem Stichwort ‚Wirtschaftswunder‘ läßt sich geradezu von einer Geburt der westdeutschen Demokratie aus dem Geist der Prosperität sprechen. Bereits am 12. Dezember 1948 hatte jedoch Theodor Heuss in Heppenheim gefordert: „Wir brauchen ein neues Nationalgefühl in dem Sinne einer freien bekenntnishaften Haltung.“ Das Wort ‚Patriotismus‘<sup>41</sup> träfe das Bedürfnis besser, einem Gemeinwesen anzugehören, dessen Erfolg mit dem eigenen Engagement korrespondiert. Loyalität läßt sich nicht allein auf Konsumfreude begründen. Unser Mangel an Zugehörigkeitsgefühl, das eine gedeihliche Balance von Selbstverwirklichung und Sozialwillen schafft, würde mithin einzig durch unser traditionell starkes Ordnungsbewußtsein ausgeglichen<sup>42</sup>.

Aber heute, da in der Massenwahrnehmung alles unübersichtlich wird und sich aufzulösen scheint, fehlt das beruhigende Gefühl, einem mitverantworteten Ganzen anzugehören, das die Turbulenzen überstehen kann. Bleibt in dieser Lage der Wirtschaftserfolg nachhaltig aus, kann sich die Demokratie als Schönwetterveranstaltung entdecken.

Patriotismus als ein Verantwortungsgefühl für das Gemeinwohl, das auch in Durststrecken wenigstens Bezugspunkte bietet, ist nicht gepflegt worden. Vielmehr mauserte sich der jeweilige Eigennutz zur Maxime der Bonner Republik. In Versorgungs- und/oder Orientierungskrisen könnte bei der Suche nach Sinnstiftendem daher nicht nur die Bevölkerung auf hysterische Formen der Panikkontrolle zurückgreifen.

Damit aber würde die landesübliche Denunzierung, kollektive Emotionen seien irrational, zur sich selbst erfüllenden Prophetie. Wohingegen es doch darum gegangen wäre, eine demokratische Primäridentität mittels affektiver Bindungen an das Gemeinwesen zu pflegen, um Anomie im eigentlichen Wortsinn abzuwehren.

Es mag wie Rechthaberei klingen, aber das gegenwärtig so spürbare Fehlen von Gemeinsinn ist die Quittung dafür, daß die Debatte darüber bislang vermieden wurde, welche Pflichten der einzelne gegenüber dem Gemeinwohl übernehmen muß, damit nicht alles auseinanderläuft.

Ist die Veröffentlichungsflut über den Nationalismus und die nationale Frage ein Ausdruck dafür, daß wir es mit einem Mangel zu tun haben? Es gibt nicht nur Verweise auf eine Renaissance des Nationalen im wilden Osten. Vor allem mit Blick auf Deutschland wird – z. B. in einer von Petra Braitling und Walter Reese-Schäfer herausgegebenen Aufsatzsammlung<sup>43</sup> – vor Rückfällen gewarnt. Dieses Buch ist darum so bezeichnend für den Diskussionsstand, weil die beteiligten Autoren ihrer Fragestellung eher spröde gegenüberstehen, wengleich der Tübinger Philosoph Rüdiger Bubner vermutet, daß „fremd verordnete Einheitlichkeit . . . auf die Dauer nicht hingenommen wird“.

In einer philologisch angelegten Studie wurde der Versuch unternommen, so etwas wie eine „Moral des Patriotismus“<sup>44</sup> zu entwickeln. Die Autorin macht das Akzeptieren der Identität abhängig von der Ausformung lebensweltlicher Einbettungen. Oder aus der Ich-Perspektive formuliert: Warum soll ich mich um die öffentlichen Angelegenheiten kümmern, etwa zum solidarischen Teilen bereit sein, wenn ich mich mit der Gesellschaft, in der ich lebe, nicht identifizieren kann oder will?

Auch die Soziologie, die sozialetischen Fragen seit langem aus dem Weg gegangen ist, stürzt sich inzwischen auf die Frage nach dem Wesen und Wirken von verhaltensleitenden Inklusionscodes. Ein Reader<sup>45</sup> beschäftigt sich beispielsweise mit der historischen Funktionalität des öffentlichen Bewußtseins. Der Band liest dabei, wie könnte es anders sein, die Herausbildung von Übereinstimmung gegen den Strich. Nationale oder andere Zugehörigkeitsbilder werden als Kodifizierungen entlarvt. Wir hätten es mit Zugehörigkeitsmythen zu tun, durch Sinneliten in bestimmten geschichtlichen Situationen vermittelt. Der Leser ist beeindruckt von dem Theorieverzehr der Autoren<sup>46</sup>, wengleich er sich über die temporale Begrenzung eines Phänomens wundert, das bis tief in die dynastische Epoche zurückreicht. Zu kurz kommt über-

---

43 Petra Braitling/Walter Reese-Schäfer (Hrsg.), *Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen*, Frankfurt am Main 1991.

44 Donata Kluxen-Pyta, *Nation und Ethos*, Freiburg/München 1991.

45 Vgl. Bernhard Giesen, *Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit*, Frankfurt am Main 1991.

46 Aufschlußreich auch ders., *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*, Frankfurt am Main 1993.

41 „Patriotism is not nationalism“, Timothy Garton Ash, *We the People. The Revolution of '89*, Cambridge 1990, S. 143.

42 So Helge Pross, *Was ist heute deutsch?*, Reinbek 1982, S. 137.

dies die Erfahrung, daß Weltbilder, die für real gehalten werden, weil sie einen Gefühls- oder Gebrauchswert als Orientierung haben, ziemlich immun sind gegen die Aufdeckung als Ideologie.

Der Aufwand der ‚Enthüllungen‘ ist mithin eine Übung in Vergeblichkeit, falls damit der Weg in eine „postnationale Identität“ geebnet werden soll. Er ist auch deswegen vertan, weil zu dieser angestrebten Befindlichkeit weder Alternativen aufgezeigt werden noch überzeugend dargetan wird, inwiefern eine Zugehörigkeit unter dem Namen „Europäität“ als Gefühlsgröße wertvoller sein sollte als die überkommene „Nationalität“.

So löst die seit 1989 zu verzeichnende, an sich ebenso legitime wie erfreuliche Ausweitung der Selbstbestimmung auf dem Alten Kontinent mittlerweile mehr Besorgnis aus als Zustimmung<sup>47</sup>.

47 Nicht zuletzt mit Blick auf Ost- und Südosteuropa hört man zunehmend historisch argumentierende Warnungen vor einem kontinentalen Rückfall ins Nationale. Es geht im postkommunistischen Bereich eigentlich weniger um blinden Nationalismus, wiewohl es vielfach dazu gekommen ist. Es handelt sich zunächst um die Einforderung von in EU-Europa längst anerkannten Rechtsregeln. Eine einfühlsame Problemhistorisierung macht unschwer deutlich, daß die Unterdrückung legitimer Autonomieansprüche allemal zur Fanatisierung führt. Ganz so, wie dies bei den kriegerischen Auseinandersetzungen am Dnjestr, auf dem Balkan oder zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer an der Tagesordnung ist. Aber deswegen den Status quo negativus, der solche Entgleisungen hervorruft – weil er oft schon viel zu lange andauert –, erhalten zu wollen, das kann die Sache nur verschlimmern, selbst wenn die Explosion herausgezögert würde. Viele Völker oder Regionen konnten von Selbständigkeit lange, oft zu lange Zeit nur träumen, eben bis heute. Die historisch überlieferte Nationalismuswelle stellt sich mithin eher dar als Ausdruck eines Mangels – vor allem an Eigenbestimmung – denn als wirklicher Fremdenhaß. Wird der Wille zur Selbstbestimmung blockiert, stellen sich Solidarisierungssymbole ein. Die Entwürfe nationaler Identität hatten die Funktion, die Wir-Stiftung in Großverbänden auch metaphorisch zu verankern. Gegen die Unterdrückung

Die europäische Gegenwart reagiert nervös auf die vielen neunationalen Sprüche. Gleichwohl scheint die Zeit des Nationalstaates als der ausschließlichen Bezugsgröße vorbei zu sein. Westeuropa hat sich auf den einheitlichen Wirtschaftsraum, eine Art von kontinentalem Staatenverbund und damit auf innovative politische Konstellationen einzustellen. Nimmt aber mit dem Zuständigkeitschwund der Nationalstaaten auch unser Zugehörigkeitsempfinden ab? Im Zuge der Befreiung Osteuropas hat sich herausgestellt, daß der Zeitgeist die nationale Frage wieder einmal unterschätzt hat.

Wir Deutschen reagieren aus verständlichen Gründen hellhörig auf nationale Töne und malen vorschnell den Teufel an die Wand. Dennoch vermittelt die Einbindung in zwischenstaatliche Gebilde nicht selbstläufig eine neue Einbettung. Unsere Enkulturation zehrt vielmehr von Vorhandenem. Die komplizierte Dialektik solcher Zurechnungen läßt die vielen Unruheherde und Problemzonen ahnen. Da wir es in Brüssel mit einem regierungsamtlichen Kunstprodukt zu tun haben, bildet Europa in Form der EU bisher jedenfalls keine demokratisch verankerte Symbolfigur<sup>48</sup>, welche die herkömmlichen Bezüge ablösen kann. Doch ist das Bedürfnis der Menschen nach einer heimischen Sphäre, zu der und in der man zählt, und damit nach einer wenigstens imaginären Behausung sozialpsychologisch unumstritten.

sucht man sich durch Abschottung zu profilieren. So kommt es zu überreizten Gruppenidentitäten. Deren Sprengkraft hat dem Alten Kontinent immer wieder Narben geschlagen.

48 Der Nationalstaat stellt sich nicht nur dar als eine „in Jahrhunderten gereifte“ (Schieder) Tatsache, auf der überdies das eigentliche Geheimnis der auf Differenzierung angelegten Kultur Europas beruht. Zudem bildet er im Idealfall eine mehr oder minder tragfähige Basis für die innere Solidarität. Was an deren Stelle treten könnte, ist bisher völlig offen.

## Die ungeliebte Nation

### Gedanken zu einer immer noch aktuellen Diskussion

*„Das Vaterland existiert nicht mehr! Nationalgefühl? Wie borniert! Patriotismus? Welch ein zurückgebliebener Standpunkt! Es gibt kein anderes Vaterland als die Freiheit, kein anderes Nationalgefühl als das Bewußtsein der Bildung und der Humanität...“*

Diese Worte stammen nicht von heutigen Kritikern nationalorientierten Denkens, sondern aus einem Disput zwischen zwei liberalen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts, die sich über den Sinn der Nationsbildung nicht einig waren. Während der kritische Arnold Ruge eine „Auflösung des Patriotismus in Humanismus“ forderte, plädierte sein Kontrahent Robert Prutz für eine Verbindung von vaterländischem und freiheitlichem Denken, die ihm weniger weltfremd zu sein schien: „Das Volk weiß mehr vom Vaterlande, von dem es sich umgeben fühlt, das zu ihm spricht im Rauschen seiner Bäume, im Duft seines Weines, im geheiligten Laut seiner Sprache, in tausend und abertausend Erinnerungen und Denkmälern, als von der Freiheit, von der es nicht weiß, wo sie wohnt, deren Zauber es nie empfunden hat, die ihm keine Gestalt, kein Bild, keine Anschauung gewährt, auch wenn Du ihm sagen wolltest, daß sie krapprote Hosen trägt.“

Die Deutschen taten sich also nicht erst seit dem Fiasko ihres Nationalstaats unter Hitler mit der Nation schwer. Schon lange vor Bismarcks Reichsgründung finden sich zahlreiche Äußerungen, die ein Unbehagen an nationaler Orientierung des Denkens erkennen lassen. Dabei fällt auf, daß der Begriff der Nation verschieden gefaßt sein konnte. Er ließ sich im Sinne einer ethnischen Abstammungsgemeinschaft auffassen und an Herders Volksverständnis anknüpfen, er konnte aber auch, wie in Frankreich, mit politischen Inhalten verbunden sein und eine moderne Gesellschaftsform im Gegensatz zur alten Ständegesellschaft meinen. Beide Konzeptionen waren möglich und traten auch häufig in Mischformen auf.

Dementsprechend hatte auch der Begriff des Patriotismus vielfältige Schattierungen. Er konnte im Sinne von Ernst Moritz Arndt den Stolz auf die Zugehörigkeit zu einem ethnisch und kultur-

geschichtlich zusammengewachsenen Volk meinen („So weit die deutsche Zunge klingt...“). Er ließ sich aber auch als Liebe zum Land mit seiner politischen Geschichte verstehen und hatte dann sogar häufig zwei Ausdrucksformen: ein Zugehörigkeitsgefühl gegenüber dem Territorialstaat mit seinem Landesherrn (besonders ausgeprägt in dem Großstaat Preußen) oder eine überkommene Bindung an das alte Reich, wie sie noch beim Freiherrn vom Stein lebendig war. So gab es bis zur Bismarckschen Reichsgründung nebeneinander her und in verschiedenen Verbindungen einen Volkspatriotismus, einen Landespatritismus und einen Reichspatriotismus, die das Denken der Deutschen nachhaltig prägten.

Auch nach 1871 bestanden diese Verschiedenheiten deutscher Zugehörigkeitsgefühle fort. Zwar nahmen die integrativen Kräfte zu, aber zu einer in sich ausgeglichenen Verbindung der Identitäten sollte es nicht kommen. Eine Integration gelang, wenn überhaupt, immer nur um den Preis einer Überanstrengung der Loyalitäten. Insbesondere im Verhältnis zwischen Preußen und dem neuen Reich gestaltete sich der Ausgleich der Identitätsbindungen schwierig. Entweder führte er zu einer Überdehnung der (obrigkeits-)staatlichen Elemente im neudeutschen Reichsgebilde (Verpreußung Deutschlands), oder er endete in einer Übertreibung der volksbezogenen, ethnischen Komponenten der zusammengefügteten Einzelstaaten (Germanisierung Preußens etc.). In beiden Fällen war die Integration mit Störungen und Unausgeglichenheiten des Nationalbewußtseins verbunden – lange vor Hitler.

Wovon reden wir aber heute, wenn wir fragen: „Nation muß sein. Aber wozu?“ Sprechen wir von jenem Volk der Überlebenden nach dem Inferno des von Hitler entfesselten Weltkriegs, das sich schlecht und recht in zwei deutschen Staaten wiederfand? Oder haben wir die Menschen im Auge, die heute in der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland wohnen und ihre Existenz in diesem Lande begründen?

Es gibt Klärungsbedarf an dieser Stelle. Denn in den Diskussionen unserer Tage über den Sinn

nationaler Ordnungen wird häufig übersehen, daß diese sich wesentlich wandeln können. So unterscheidet sich das, was wir heute Deutschland nennen, erheblich von dem, was – nach dem verlorenen Kriege auf sich selbst zurückgeworfen – auch noch als geteiltes Land deutsch bis in die Wurzeln war. Heute ist Deutschland in mindestens zweierlei Hinsicht weniger national bestimmt als damals. Es ist zum einen eingebunden in die Europäische Gemeinschaft und muß sich folglich stärker auch an deren Normen orientieren. Und es ist zum andern faktisch Einwanderungsland geworden und insofern Heimat nicht nur deutschstämmiger Bürger. Deutschland ist nicht mehr so deutsch, wie es früher einmal aussah.

Beide Veränderungen sind in den vergangenen Jahren zunehmend sichtbar geworden: die erste im Zusammenhang des Vertrags von Maastricht, die zweite im Laufe der langwierigen Asyldebatte. Aber sind sie uns auch in ihrer Tragweite für unser Verständnis deutscher nationaler Lebenswirklichkeiten genügend ins Bewußtsein getreten?

Jedesmal, wenn ich aus dem Ausland nach Deutschland zurückkehre, stelle ich fest, daß wir Deutschen über die europäische Einigung und die Migrationsbewegungen diskutieren, als berührten sie nicht unsere Identität. Die Bejahung oder Ablehnung des Vertrages von Maastricht ist in diesem Lande in erster Linie eine Frage nach der Stabilität der D-Mark. Und die sogenannte Asyldebatte dreht sich vornehmlich um das Thema, wieviel Ausländer bei uns aufgenommen oder abgeschoben werden können. Während in Frankreich das ganze Volk bei einem Referendum leidenschaftlich darüber stritt, ob und wie weit die Nation in ihren Lebensformen durch den europäischen Integrationsprozeß einerseits und die Einwanderungsvorgänge andererseits verändert oder gar beeinträchtigt wurde, reduzierten die Deutschen die Debatte weitgehend auf Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Stabilität und setzten im übrigen auf die Bundesbank als Hort ihrer legendären D-Mark. Es schien sich wieder einmal zu bewahrheiten, daß die Deutschen sich im Kern als Wirtschaftsnation verstehen und, Hand aufs Herz, zu einem D-Mark-Nationalismus Zuflucht nehmen, wenn optiert werden muß.

Kann man auf diesem Hintergrund also verantwortlich die Frage stellen: Dürfen Deutsche Patrioten sein? Wäre es nicht besser, die Finger von dem Zeug zu lassen und mit einem Minimum an nationalem Profil im europäischen Einigungsprozeß mitzuschwimmen, so unauffällig wie möglich? Ich meine, daß dies keine überzeugende Haltung

ist und mit Sicherheit nicht ausreicht, um in der Gemeinschaft der Völker Europas zu bestehen. Bevor wir jedoch die entscheidende Frage nach dem Sinn und Zweck einer nationalen Ordnung stellen, müssen wir genau angeben, um welche es dabei gehen soll. „Nation muß sein. Aber welche?“ So muß gefragt werden, bevor wir über das „wozu“ des Ganzen reden.

Statt vieler Theorien über das Wesen der Nation möchte ich einen Satz aus dem letzten Werk eines der bedeutendsten linksrepublikanischen Historiker des heutigen Frankreich zitieren, einen Satz aus dem Alterswerk Fernand Braudels, das unter dem Titel „Die Identität Frankreichs“ erschienen ist und mit einem modernen Nationsbegriff gegen verengte Nationalismen kämpft. Es heißt dort: „Eine Nation kann nur existieren, wenn sie sich unablässig selber sucht, sich im Sinne ihrer eigenen logischen Entwicklung transformiert . . . , sich mit dem Besten und Wesentlichsten, über das sie verfügt, identifiziert, sich also in Markenzeichen und Lösungsworten wiedererkennt, die allen Eingeweihten bekannt sind.“

Hier kommt eine Vorstellung von nationaler Identität zum Ausdruck, die im heutigen Deutschland kaum verankert ist. Weder andere ausgrenzend (wie häufig bei deutschen Rechten) noch geschichtsphilosophisch aufgeladen (wie häufig bei Marxisten) ist Braudels Identitätsbegriff zugleich zukunfts offen und geschichtsträchtig, ungeheuer integrationskräftig und dabei empfänglich für Neues und Fremdes. Es erstaunt bei diesem Ansatz nicht, daß der der Bevölkerungsgeschichte Frankreichs gewidmete zweite Band des Werks auf das Einwanderungsproblem unserer Zeit zuläuft und der jetzt lebenden Generation der Franzosen am Beispiel früherer gelungener Integrationsvorgänge zu Weiterentwicklungen der eigenen Identität Mut macht. Es heißt dort in kühner Zuspitzung: „So viele ‚Einwanderer‘ sind von der Prähistorie bis in die jüngste Zeitgeschichte hinein in Frankreich gestrandet und ohne viel Aufhebens in der großen Masse seiner Bevölkerung aufgegangen, daß man mit Blick auf die vergangenen Jahrhunderte und Jahrtausende spaßeshalber sagen könnte, daß *alle* Franzosen ‚Einwanderersöhne‘ sind.“

Die Nation als historisch gewachsene Formation im Auf und Ab von Wanderungs- und Siedlungsprozessen ist ein Nationsbegriff, der im Bewußtsein von Deutschen kaum vorhanden ist. Während bei unseren Nachbarn in Frankreich die Nation als geschichtlich geformte politische Lebensgemeinschaft verstanden wird, ist sie bei uns in Deutsch-

land nach wie vor eine bloße ethnische Abstammungsgemeinschaft, ein biologisch begründeter Stammesverband, der aller politischen Willensbildung vorangeht. Und das ist nicht nur vorsintflutlich, das ist auch schädlich für das Zusammenleben von Menschen in der modernen Welt.

Es gibt ein anschauliches Beispiel für diese verschiedenen Nationsbegriffe in unserer Nähe, das ältere Menschen noch in Erinnerung haben: der Streit um die nationale Zugehörigkeit der Elsässer. Während die Deutschen in ihnen auf Grund ihrer Abstammung und Sprache Deutsche sahen, nahmen die Franzosen sie wegen ihrer politischen Willensbekundungen und historischen Erfahrungen für Frankreich in Anspruch. „Die Menschen fühlen in ihrem Herzen“, so sagte einer der großen französischen Historiker des vorigen Jahrhunderts, Fustel de Coulanges, „daß sie ein und dasselbe Volk sind, wenn unter ihnen eine Gemeinsamkeit der Gedanken, Interessen, Neigungen, Erinnerungen und Hoffnungen besteht . . . Deswegen wollen die Menschen einen gemeinsamen Weg gehen, gemeinsam arbeiten, gemeinsam kämpfen, füreinander leben und sterben. Das Vaterland ist das, was man liebt.“ Und so entschieden sich die Elsässer trotz ihrer deutschen Abstammung für Frankreich.

Wie bewirkt man es aber, daß Menschen ein Land als „Vaterland“ empfinden, für das sie sich einsetzen? Auch hier gibt die französische Geschichte eine einfache Antwort, die auch für Deutschland gelten müßte: Man schafft Bürgerrechte und die Voraussetzungen für politische Mitwirkung und Partizipation. Seit der Französischen Revolution von 1789 gilt es jenseits des Rheins als ausgemacht, daß Menschen- und Bürgerrechte zusammengehören und daß die Nation aus der politischen Teilhabe ihrer Bürger lebt. Die „citoyenneté“, wie die Franzosen sagen, ist die Grundlage und Substanz der „nationalité“: Das Bürgersein ist die Grundlage und Substanz der Nationszugehörigkeit.

Wenn wir heute nach dem Sinn und Zweck der Nation fragen, dann kann es also nur um eine Variante gehen: um die Staatsbürgernation, die auf den Mitwirkungsrechten ihrer Bürger beruht. Nur sie hat die Integrationskraft, deren wir vor allem in schwierigen Zeiten bedürfen; nur sie ist auch in der Lage, unser Land in die europäische Gemeinschaft einzufügen und den Bau eines vereinigten Europa mitzutragen. Das aber hat zur Folge, daß wir den Umgang mit Ausländern verändern müssen, allen voran mit denen, die unter uns wohnen und unsere Mitbürger sind und sein wollen. Warum, um mit dem Sprachgebrauch zu beginnen, reden wir eigentlich von jemandem, der in

unserem Land geboren ist und unsere Sprache besser beherrscht als die seiner Eltern, als „Ausländer“? Ist er nicht vielmehr ein Inländer aus einer Einwandererfamilie, der dieselben Rechte und Pflichten wie ein Inländer deutscher Herkunft haben sollte? Die Franzosen bezeichnen ihre algerischen und portugiesischen Mitbürger nie als „Ausländer“, sondern als „immigrés“, als Einwanderer.

Es geht jedoch nicht nur um den Sprachgebrauch, es geht auch um konkrete Handlungen. So darf sich die sogenannte Ausländerdiskussion nicht in einer bloßen Asyldebatte erschöpfen. Die Frage nach den Grenzen unserer Aufnahmekapazitäten ist eine Sache, die Frage nach den Voraussetzungen der Einbürgerung eine andere. Und diese zweite scheint mir gegenwärtig den Vorrang haben zu müssen: Was kann geschehen, damit Menschen, die in unserem Land geboren sind und sich uns zugehörig fühlen, deutsche Bürgerrechte erhalten? Ist eine zweite Staatsbürgerschaft ein Mittel, um die Integration zu fördern, oder gibt es noch bessere Wege? Die Franzosen bieten den Kindern ihrer Einwanderer ein einfaches Recht an, das auch wir erwägen sollten: le *droit du sol*, das *ius soli*, das jedem, der im Land geboren ist, die Möglichkeit gibt, die vollen Bürgerrechte zu erhalten – nicht nur das kommunale Wahlrecht, an dessen Diskussion wir uns abarbeiten.

Freilich sind mit der juristischen Einbürgerung noch nicht alle Probleme gelöst. Die soziale und kulturelle Integration muß folgen. Wenn der Sohn eines türkischen oder italienischen Einwanderers keine Aufstiegschancen hat, wird ihm der deutsche Paß nicht viel nützen. Wann wird es an unseren Hochschulen endlich mehr Professoren aus Einwandererfamilien geben und nicht nur Ausländer in den Fußballmannschaften? In Frankreich ist noch vor wenigen Monaten der Sohn eines ukrainischen Einwanderers Ministerpräsident gewesen. Er hieß Bérégovoy und hat sich auf tragische Weise das Leben genommen. Aber daß er es als Einwanderersohn bis an die Spitze des Staates gebracht hat, darüber ist bei uns wenig gesprochen worden.

Ich will das französische Beispiel der Einbürgerung nicht als Lösung aller Probleme darstellen. Auch bei unseren Nachbarn jenseits von Rhein und Saar sind noch viele Fragen offen, so vor allem die, ob es besser sei, die volle, auch kulturelle Integration der Einwanderer anzustreben oder nur ein Zusammenleben der Menschen verschiedener Kulturen, eine „multikulturelle Gesellschaft“ vorzubereiten. Für beide Modelle gibt es gute Gründe. Bei uns in Deutschland, wo die kulturellen und politischen

Integrationsfähigkeiten seit jeher schwächer entwickelt sind als bei unserem westlichen Nachbarn, gehen die Neigungen, wenn überhaupt, eher in die zweite Richtung.

Dies alles wäre Stoff genug für die Arbeit einer ganzen Generation, wenn nicht mehrerer. Aber die Geschichte hat es an sich, daß sie uns gerne vor mehrere Herausforderungen gleichzeitig stellt. So haben wir Deutschen, wenn wir heute über unseren Weg als Nation nachdenken, nicht nur die Aufgabe, die Stellung unserer Mitbürger fremder Herkunft zu verbessern, wir müssen auch mit gleicher Dringlichkeit das Zusammenwachsen der Ost- und Westdeutschen nach dem Ende der Teilung unseres Landes fördern. Dies um so mehr, als die mehr von den Bürgern der DDR als von denen der alten Bundesländer herbeigeführte Vereinigung keine Wiederherstellung des Zustandes vor der Teilung sein kann. Eine Restauration des Nationalstaats in der Bismarckschen Reichstradition kann es nicht geben.

Was aber ist sie dann, die viel gepriesene und doch so mühselige Vereinigung der beiden Staaten, die nach dem Zusammenbruch des menschenverachtenden Hitlerreiches auf deutschem Boden entstanden waren? Eine bloße Föderation von Regionen, deren Bewohner durch gemeinsame Sprache und Herkunft miteinander verbunden sind? Oder eine postnationale Gesellschaft, die sich nach den schlechten Erfahrungen mit dem alten Nationalstaat als Entwurf einer möglichst nationsfreien Ordnung versteht?

Mir scheint die eine wie die andere Alternative unrealistisch zu sein. Nach über vierzigjähriger Trennung, bei welcher der eine Teil des Landes die Hauptlast für den von allen Deutschen verschuldeten und verlorenen Krieg zu tragen hatte, während dem anderen Teil das Glück der Aufnahme in die industriell entwickelte westliche Völkergemeinschaft zuteil wurde, kann man nicht die Augen vor der Pflicht solidarischen Handelns verschließen. Mehr denn je und mit vermehrtem Inhalt ist das notwendig, was in den Jahren vor dem Fall der Mauer als „Verantwortungsgemeinschaft“ der Deutschen beschrieben und gefordert worden ist. Trotz der inzwischen erfolgten staatlichen Vereinigung ist nichts an dem damals formulierten Satz zu ändern: daß die Deutschen gemeinsam für das Erbe und die Hinterlassenschaft ihrer Geschichte verantwortlich sind, und zwar mit dem Blick in die Zukunft und auf das Zusammenleben mit den Völkern der Welt.

Dies alles läßt das Herz noch nicht höher schlagen, wengleich wir Anlaß haben, für den friedlichen

Prozeß der Vereinigung nach dem Fall der Mauer dankbar zu sein. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in zahlreichen ehemaligen Staaten des Ostblocks erinnern uns jedenfalls daran, daß vieles auch hätte anders kommen können. Patriotismus, um den Begriff unserer Fragestellung aufzugreifen, wird sich jedoch erst einstellen können, wenn die innere Einigung der Deutschen durch einen langen Prozeß solidarischen Handelns gelungen ist. Wenn die Integration auf wirtschaftlicher, sozialer und menschlicher Ebene so weit gediehen sein wird, daß die Deutschen in Ost und West wieder unverkrampft „Wir“ zueinander sagen und ein gemeinsames Bürgerbewußtsein haben, dann wird man davon sprechen können, daß zwischen Saar und Oder nicht nur ein Verband von deutschen Stämmen, sondern eine politisch verantwortliche Nation, eine Staatsbürgernation lebt.

Dies freilich ist kein Zweck an sich und macht unsere Frage „Nation – wozu?“ keineswegs überflüssig. Im Gegenteil, sie wird jetzt erst möglich, nachdem geklärt ist, welche Vorstellungen mit dem Begriff der Nation verbunden werden sollten. Ich möchte also zum Schluß in einigen Punkten aufzuzeigen versuchen, an welchen Maßstäben wir uns orientieren müssen, wenn wir das Leben als Nation für erstrebenswert und sinnvoll halten.

1. Auf dem Hintergrund der Vorgänge in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen müssen wir uns die Frage stellen, ob und wieweit die Formation der Nation das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft fördert oder erschwert. Ist sie ein Faktor des inneren Friedens und des Ausgleichs von divergierenden Interessen oder vermehrt sie Ängste und Bedrohtheitsgefühle, so daß kulturelle Minderheiten und Andersdenkende sich stärker ausgegrenzt sehen als in regionalen oder lokalen Strukturen? Wenn der größere nationale Lebenszusammenhang dazu beiträgt, daß spießbürgerliche Enge und Intoleranz, die häufig der Nährboden gewalttätiger Aggressionen gegen Fremde sind, überwunden werden, dann sollte man ihn aufrichtig bejahen und stärken. Die Nation als Raum größerer Entfaltungsmöglichkeiten hat einen Sinn.

2. Vor allem die deutsche Nation wird daran gemessen, ob sie den Frieden in der Welt bewahren hilft oder stört. Nicht nur die Frage steht auf dem Prüfstand, ob die internationalen Spannungen besser durch ein vereintes Deutschland als durch ein geteiltes gemildert oder behoben werden können, sondern auch die weiterreichende, ob von dem wiedervereinigten Land mehr Impulse für gewalt-

freie Lösungen von Konflikten ausgehen werden. Angesichts von kriegerischen Grausamkeiten wie denen im ehemaligen Jugoslawien wird sich deutsche Friedenspolitik freilich mehr denn je in internationaler Abstimmung vollziehen müssen; nationale Alleingänge kommen nicht in Betracht. Solange es jedoch keine kohärente europäische Sicherheitspolitik gibt, wird Deutschland gehalten sein, mit eigenen Beiträgen politische Verantwortung wahrzunehmen. Die Nation als Faktor internationaler Friedenspolitik hat noch keineswegs ausgedient.

3. Die Nation ist und bleibt ein unentbehrlicher Ort demokratischer Bewährung. Wer Willy Brandts Ausspruch „Mehr Demokratie wagen“ noch nicht ganz vergessen hat, der muß sich fragen, auf welchen Ebenen dies am besten zu verwirklichen ist: auf der regionalen, auf der nationalen, auf der europäischen? Hier scheint es mir nach den Diskussionen um den Vertrag von Maastricht klar zu sein, daß demokratische Mitwirkungsstrukturen in Europa zur Zeit wenig Aussicht auf Weiterentwicklung haben. Die Brüsseler Entscheidungen werden mehr durch einen Konsens der Regierungen als durch parlamentarische Beschlüsse herbeigeführt. Und ein europäisches Bürgerrecht gibt es nur in Ansätzen. Da drängt es sich auf, an den demokratischen Institutionen der Nation festzuhalten und die Handlungsspielräume für die Einübung demokratischer Verfahrensweisen in diesem Rahmen auszubauen. Die Nation als Ort der Verwirklichung demokratischer Freiheiten hat ihren Sinn nicht verloren.

4. Dem Demokratiebedarf entspricht die Notwendigkeit, die Nation als Raum der politischen Öffentlichkeit zu bewahren. Wer die großen Diskussionen über die Lebensfragen der Menschen in unserem Lande verfolgt, der weiß, daß sie an bestimmte Voraussetzungen der Verständigung gebunden sind. Gleiche Sprache und gleiche kulturelle Prägungen bedeuten viel im Prozeß der politischen Meinungs- und Urteilsbildung einer Gesellschaft. Eine nüchterne Bilanz gebietet es jedoch festzustellen, daß hieran Mangel im europäischen Rahmen herrscht. Eine europäische Öffentlichkeit, die den Namen verdient, gibt es kaum. So wären wir leichtfertig, wenn wir den nationalen Rahmen unserer Bemühungen um Standortbestimmung vernachlässigen würden. Wir brauchen ihn, um uns über Grundfragen des gesellschaftlichen, politischen und geistigen Lebens zu verständigen, wie es nicht zuletzt die Veranstaltungen des Kirchentages zeigen. Die Nation als Raum der politischen Öffentlichkeit ist notwendig.

5. Nicht weniger wichtig ist unter den heute gegebenen Umständen die Bewahrung der Nation als Fundament der sozialen Sicherheit. Wer die Ergebnisse von Maastricht in dieser Hinsicht betrachtet, der wird feststellen müssen, daß zentrale Fragen der Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene nicht geregelt sind. Sowohl die Stellung der Arbeitnehmer als auch die der Arbeitslosen ist in den meisten Ländern der Europäischen Union schlechter fundiert als bei uns. Ein Europa jedoch, das den Wirtschaftsinteressen dient, ohne gleichzeitig die sozialen Belange zu sichern, ist nicht nur unzureichend, es kann auch den inneren Frieden gefährden. Die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Gestalt bedarf also der Ergänzung durch nationale Strukturen zur Gewährleistung sozialer Sicherheit.

6. Umstrittener, wenn auch nicht weniger wichtig, ist die Nation als Ort der Auseinandersetzung um die Rechte der Frauen. Wenn nach dem Karlsruher Urteil zum § 218 auch kein Anlaß besteht, die Bundesrepublik Deutschland in dieser Hinsicht als besonders freizügiges Land zu betrachten, so bleibt doch festzustellen, daß die Frauenbewegungen in Europa so verschiedene historische Verläufe haben, daß eine Synchronisierung der Forderungen nicht immer leicht möglich ist. Man kann sich zwar von fortschrittlicheren Regelungen der Abtreibungspraxis in anderen europäischen Ländern eine stimulierende Wirkung auf die weitere Diskussion in Deutschland erhoffen, man kann jedoch angesichts der sehr unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen der Frauenrechte in Europa kaum erwarten, daß Brüssel den deutschen Frauen in ihrer schwierigen Lage wesentlich hilft. Die nationale Ebene als Ort der politischen Auseinandersetzung um Rechte wie die der Frauen bleibt weiter notwendig.

7. Nicht zu vergessen ist ein zentraler Aspekt, der unser Land in spezifischer Weise betrifft: die Nation als Ort der Austragung teilungsbedingter Identitätskonflikte. Deutschland ist nicht nur über 40 Jahre lang staatlich und gesellschaftspolitisch geteilt gewesen, es hat auch in der Diskussion der Ursachen, die zu dieser Teilung geführt haben, nicht zusammenfinden können. So entsteht neben dem aktuellen politischen auch ein historischer, das Geschichtsbewußtsein erfassender Integrationsbedarf, der weder nur in einem lockeren regionalen Verbund noch in einer übernationalen europäischen Gemeinschaft befriedigt werden kann. Im Blick auf die durch die Teilung verhinderte gemeinsame Bewältigung der schuldbeladenen Vergangenheit kann man geradezu von der Notwendigkeit einer nachholenden Integration

sprechen. Und diese läßt sich nur im Rahmen einer politisch bewußten Nation vollziehen.

8. Nicht zuletzt ist auch ein Zusammenhang zu betonen, der die Nation als Ort der Kirchengeschichte ernst nimmt: die Nation als Heimat kirchlicher Traditionen und Frömmigkeitsformen. Lutherbibel, Gesangbuchlieder und Katechismus erinnern uns daran, daß die Reformation und ihre Folgen untrennbar mit der Geschichte der Deutschen insgesamt verbunden sind. Folglich sind auch die Konfessionalisierungs- und Säkularisierungsprozesse nicht nur in regionalen Wirkungszusammenhängen zu sehen. In ihren Frömmigkeitsprägungen und mentalen Strukturen erscheinen die Deutschen dem Ausland unvermindert als Deutsche.

9. Am stärksten wird die Nation im Rahmen des Bildungswesens als Lebenswirklichkeit erfahren. Die Schulen sind Träger eines Bildungsguts, das bei aller Weltoffenheit doch national geprägt ist. Und auch die Hochschulen sind Stätten, in denen die Begegnung mit den Wissensbereichen der Weltgeschichte zunächst in nationalen Verständnistraditionen erfolgt. Dies gilt insbesondere für die Geistes- und Humanwissenschaften, die ohne

die Lebenswelt der Nation nie ihre Ausstrahlung gewonnen hätten. Obwohl der europäische Einigungsprozeß zunehmend auch in Austauschprogrammen für Studierende und Lehrende seinen Ausdruck findet, sind die Studiengänge nach wie vor von den Bildungstraditionen der jeweiligen Länder und Staaten geprägt. Formen und Inhalte dieser Traditionen wirken trotz vielfacher Veränderungen fort.

10. Trotz und in mancher Hinsicht auch wegen aller Zerreißproben hat die Nation als Erinnerungsgemeinschaft ihre Bedeutung behalten. Sie bewahrt in ihrem kollektiven Gedächtnis Erfolge und Mißerfolge, Glücks- und Leidenserfahrungen, Hoffnungen und Ängste. Wie sehr dies zutrifft, wird bei Gedenktagen deutlich, die in den einzelnen Ländern verschiedene Gefühle wecken. So können Deutsche die Jahrestage des Kriegsendes nicht in gleicher Weise begehen wie die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges; nationales Gedenken ist für sie mehr als für andere mit kritischer Selbstbesinnung verbunden. Eine Internationalisierung des historischen Gedächtnisses, der „*mémoire historique*“, ist nicht unbegrenzt möglich.

## Europa beginnt in Sarajevo

Gegen den Skeptizismus in der europäischen Wiedervereinigung

---

### I. Vom Europa der Vaterländer zum Vaterland Europa?

---

Ernest Renan schrieb 1882:

*„Die Nationen sind nichts Ewiges.  
Sie haben einmal angefangen, sie werden enden.  
Die europäische Konföderation wird  
sie wahrscheinlich ablösen.“*

Ach, Europaexperten: Die einen verströmen berufsmäßigen Optimismus, üben sich im Integrationsjargon der „alten Hasen“ und nähren gerade damit Vorurteile gegen die Brüsseler Eurokratie und die mit ihr verfilzte Wissenschaft und Publizistik<sup>1</sup>. Die anderen warnen vor dem Brüsseler „Moloch“ und erheben den Nationalstaat zur politischen Grundeinheit schlechthin, die durch „Maastricht“ schwer bedroht sei<sup>2</sup>. Beide Parteien nehmen Realismus und Wirklichkeitssinn für sich in Anspruch. En passant wird dabei gerne auf „Sarajevo“ verwiesen – als Chiffre für supranationale Illusionen, die zwangsläufig in die ethnische Säuberung ausarten. Daß Europa in Sarajevo endet, hat den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Nationalistische Resignation und eurokratische Routine bestärken sich gegenseitig.

Mit dem realexistierenden Europa hat das wenig zu tun: Die Tummelplätze der Ferien- und Klassenreisenden, die Routen der Geschäftsleute, die Schauplätze von Musik, Fernsehen, Moden und Sport bilden längst eine europäische Szene, die

1 Ein Beispiel für die unterkühlt-technokratische Thematisierung Europas ist Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europa '96. Reformprogramm für die Europäische Union*, Gütersloh 1994.

2 Das jüngste Beispiel dieser Geisteshaltung ist Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hrsg.), *Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte*, Berlin 1994. Die DM-nationalistische Variante findet man in Bruno Bandulet, *Das Maastricht Dossier. Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsunion*, München 1993. Die Kritik des „Westextremismus“ findet man bei Michael Grossheim/Karlheinz Weißmann/Rainer Zitelmann (Hrsg.), *West-Bindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, Berlin 1993.

nach und nach den Eisernen Vorhang in den Köpfen und Herzen überwindet. Zwischen Cabo São Vicente und Kap Arkona, Rhodos und der Isle of Man bewegen sich insbesondere junge Europäer mit geradezu unverschämter Selbstverständlichkeit. Was sie dabei als „Europäer“ ausweist, ist am ehesten die Wahrnehmung des Raums, den sie mit einiger Leichtigkeit durchmessen, und eine eher beiläufig konstatierte Differenz zu Amerikanern, Afrikanern und Asiaten. Dieses unausgesprochene Zugehörigkeitsgefühl wird bei Anlässen praktischer Völkerverständigung beeinträchtigt durch fehlende Sprachkenntnisse; aber wo man sich versteht, entsteht „Europäität“ um so besser. Explizite Nationalgefühle sind in der jüngeren Generation in der Regel schwach ausgeprägt. Wo sie stärker werden, können sie mit expliziten Aversionen gegen Europa einhergehen, schließen aber selbst dann die selbstverständliche Freizügigkeit im europäischen Raum nicht aus, wie der mobile Internationalismus nationalistischer Skins und Hooligans belegt.

Generell sind Fremdenfeindschaft und Nationalismus unter jungen Europäern ein Skandal und eine Rarität. Stärker verbreitet sind lokale und regionale Heimat- und Sympathiegefühle, auch ein diffus weltbürgerliches Solidaritätsgefühl. Nur ein Drittel der Jugendlichen fühlt sich laut einer Umfrage vom Sommer 1994 „in erster Linie“ als Deutsche; der Rest identifiziert sich vorrangig als Frankfurter, Hesse, Westdeutscher, Europäer oder Weltbürger<sup>3</sup>. Solche Identitäten unterlaufen bzw. übergehen die nationale Ebene, ohne die nüchterne Anerkennung der aus nationaler Zugehörigkeit resultierenden Vorzüge und Verpflichtungen abzustreiten. „Nation“ bedeutet für die meisten „gar nichts“ oder ist „ein altmodischer Begriff“, für andere eine „Notwendigkeit“, ein anderes Wort für „Solidarität“ oder „ein schönes Gefühl“, für die wenigsten „Schutz vor Fremden“ oder eine „Gefahr für den Frieden“.

3 Vgl. Emnid Umfrage Jugend '94, in: *Der Spiegel*, Nr. 38/1994, S. 65ff.; vgl. auch Hans-Joachim Veen u.a., *Eine Jugend in Deutschland? Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugend in Ost und West*, Opladen 1994; Wolfgang Melzer, *Jugend und Politik in Deutschland*, Opladen 1992.

Befragungen und Beobachtungen unter jungen Bewohnern Europas kann man so deuten, daß sich bei ihnen eine gestaffelte, schwer hierarchisierbare und insgesamt schwach besetzte Gemengelage von Wir-Gefühlen herausgebildet hat, ein differenziertes System kollektiver Identitäten, in dem sich Herkunft und Heimatgefühl, Geschlechtsidentität, Ost-West-Differenz, Generationszusammenhang, Nationalität, Europäität und Weltbürgertum vielfach überlappen und vermengen. Aus der Wahrnehmung der historischen und aktuellen Katastrophe des Nationalismus ist eine gesunde Skepsis gegenüber dem Nationalstaat, aber noch kein europäisches Vaterlandsgefühl erwachsen. Ralf Dahrendorfs Beobachtung, daß „Europa, dem scheinbaren Verschwinden von Grenzen und den burgunderroten Pässen zum Trotz, keinen Anlaß zu einem Aufschwung der Gefühle“ gibt, ist zutreffend. Aber seine Behauptung, daß Europa keinerlei Ligaturen (Tiefenbindungen) schafft, ist empirisch falsch<sup>4</sup>.

Lebensweltlich dürfte Europäität nicht mehr viel schwächer ausgeprägt sein als Nationalität, die in der öffentlichen Meinung und in der Umfrageforschung den Ton angibt. Das Wort Europa ist überwiegend positiv besetzt; es wird mit Kultur, Zukunft und Frieden assoziiert und als zweite Heimat empfunden, aber auch mit Bürokratie, deutscher Zahlmeisterrolle, Rinderwahnsinn, Butterberg und Mafia in Verbindung gebracht. Darin drückt sich die vierzigjährige Erfolgs- und Leidensgeschichte der westeuropäischen Integration aus, eine Mischung aus gelebter Freizügigkeit, genossenem Wohlstand und hingennommener Brüsseler Politik. Der bedeutende Unterschied zum Nationalbewußtsein besteht darin, daß Europäität kaum Symbole hat und ohne Pathos auskommt. Die symbolische Materialisierung Europas heißt bei jungen Leuten „Interrail“. „Europa“ provoziert weniger Identifikation und weniger Ablehnung als die offenbar unsterbliche „deutsche Frage“. In der Bewertung Europas gibt es auch wenige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, weniger und besser Ausgebildeten, Linken und Rechten. Am wenigsten als Europäer fühlen sich bezeichnenderweise westdeutsche PDS-Anhänger, am meisten das Gros der Ostdeutschen, einschließlich der „national“ gesonnenen, worin sich die Freude über die gewonnene Freizügigkeit widerspiegeln dürfte. Wenn ältere Redner in europaseligem Erinnerung der Pioniertaten und gemeinsam beseitigten Grenzzäune gedenken, übertragen sie Wahrneh-

mungsmuster der europäischen Selbstzerstörung auf den eingefleischten Postnationalismus der Nachgeborenen, der sich (aus guten Gründen) insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht nur dort, ausgebildet und tradiert hat. Diesem fehlen starke Symbole, zumal der erreichbare europäische Bereich noch einmal welt- und multikulturell von den Trivialmythen der Medien, Werbung und Mode durchdrungen ist<sup>5</sup>.

„Europa“ ist selbstverständlich geworden, hat aber nur schwache politische Konturen. Der Generation der 89er, die den Fall der Mauer erlebt hat, ist eine allmähliche Wiedervereinigung Europas auf lebensweltlicher Ebene zuzutrauen. Aber fraglich ist, was sie anti-europäischen Bewegungen und Stimmungen entgegenzusetzen hat, die auf die Risiken der offenen Grenzen mit einer nationalistischen Panik des *saue qui peut* reagieren.

---

## II. Europa 2000: Kein Staatenbund mehr und noch kein Bundesstaat

---

Wie verhält sich diese lebensweltliche Europäität zur politischen Institutionalisierung der Europäischen Union? Wie europäisch bleiben Europäer, denen Europa gewissermaßen in den Schoß gefallen ist, wenn der Euro-Skeptizismus der geistigen Welt und der ökonomische Nationalismus auf die politische Entscheidungsebene übergehen und den Prozeß der Europäischen Konföderation verlangsamten, revidieren oder ganz stoppen? Diese Frage stellt sich besonders den Deutschen, da die Konstruktion der Bundesrepublik eng mit dem europäischen Supranationalismus verbunden war und ist. Und jede Revision der politisch-kulturellen Westbindung in Deutschland würde auch die europäische Zukunft verdüstern. Die glückliche Fügung, daß in den achtziger Jahren sowohl die deutsche wie die europäische Wiedervereinigung in Gang gekommen sind, darf nicht durch eine künstliche Opposition beider Ziele – Nation oder Europa – zunichte gemacht werden. Am Ende dieses Prozesses muß vielmehr ein europäischer Verfassungsstaat und eine europäische Unionsbürgerschaft stehen. Das ist mehr als ein lockerer Staatenbund, aber noch kein Bundesstaat im klassischen Sinne<sup>6</sup>.

5 Vgl. Richard Münch, Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt/Main 1993.

6 Zu diesem klassischen Begriffspaar in europa- und integrationspolitischer Perspektive: Wichard Woyke, Europa-

4 Vgl. Ralf Dahrendorf, Die Zukunft des Nationalstaates, in: Merkur, 48 (1994) 9/10, S. 751–761, hier S. 760.

Die Europäische Gemeinschaft war von Beginn an „ein neues Organisationsmodell in der europäischen Geschichte. Ein supranationales Regime mit bindender Regulierungskompetenz überwölbt den Nationalstaat.“<sup>7</sup> Die im 17. und 18. Jahrhundert geprägte Standardform der Nationalstaatsbildung kam damit zu Ende; (West-)Europa wurde eine politische Gemeinschaft auf der Grundlage und zugleich jenseits des Nationalstaats. Die Nationen haben sich nicht aufgelöst, sondern eher aufgehoben in den Politikbereichen, die nach und nach vergemeinschaftet wurden. Im Lauf der Zeit gewannen Initiativen der Kommission und Entscheidungen des Ministerrates eine „funktionale Dominanz“. Längst ist der Zeitpunkt gekommen, an dem jedes Ausscheren aus der europäischen Politikverflechtung kostspieliger wird als seine föderative Ausgestaltung<sup>8</sup>. Einer, der es wissen muß, der verdiente Europapolitiker und Präsident der Europäischen Bewegung seines Landes, Jean François-Poncet, hat die kritische Lage richtig beschrieben: „Man kann sich schwerlich eine kompliziertere Struktur vorstellen: Zu den nebeneinandergestellten Pfeilern kommen die wachsende Kompliziertheit der Verfahren und die ungeordnete Ausweitung der Kompetenzen. Das undurchdringliche Dickicht der Texte und die Verschränkung der Kompetenzen zwischen Staaten und Union bringen selbst Spezialisten auf Abwege, kein Wunder, daß die Öffentlichkeit sich völlig verirrt. Obwohl die Staaten zu dieser Entwicklung bei jeder Etappe ihre Zustimmung gegeben haben, jagt ihnen dieses Abdriften nun langsam Angst ein. Die Gemeinschaft wirkt nämlich inzwischen wie ein kompliziertes Räderwerk, das niemand mehr beherrscht, das jedoch, Stück für Stück, die nationalen Souveränitäten ihres Inhalts entleert.“<sup>9</sup> Dem Dilemma wachsender Verflechtung und Versäulung entkommt man aber nicht, indem man sich wieder unterkomplexe nationale Schlichtheit gestattet.

modelle, in: ders. (Hrsg.), Europäische Gemeinschaft. Pipers Wörterbuch zur Politik 3, München 1984, S. 65–68, und zuletzt Ulrich Fastenrath, Nicht Staatenbund, nicht Bundesstaat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 16. 9. 1994, S. 14.

7 M. Rainer Lepsius, Die Europäische Gemeinschaft und die Zukunft des Nationalstaates, in: ders., Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993, S. 249–264, hier S. 253.

8 Vgl. Fritz W. Scharpf, Die Politikverflechtungsfalle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, 26 (1985) 3, S. 323–356; ders., Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa, Frankfurt/Main 1994.

9 Jean François-Poncet, Wirtschaftsraum oder Weltmacht, in: FAZ vom 17. 9. 1994, S. 8. Vgl. auch Werner Weidenfeld (Hrsg.), Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1994.

Vor allem vermißt man Gegengewichte zur Brüsseler Eurokratie. Es fehlt nicht nur dem Straßburger Parlament an Einfluß, der den Vorlagen der Kommission und den Beschlüssen des Ministerrats mehr Legitimation verschaffen könnte. Ebenso fehlen europäische Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und Berufsverbände und eine echte europäische Öffentlichkeit. Die Chancen der direkten demokratischen Mitwirkung der Bürger Europas steht in keinem Verhältnis zum Bedeutungszuwachs der Gemeinschaftspolitik. Diese Kluft ist mit dem Maastrichter Vertrag nicht verringert worden; durch eine selbst die Experten verwirrende Kodifizierung ist das Ansehen der Europäischen Union weiter gesunken<sup>10</sup>. Dieses Dilemma ist geradezu eine Einladung an Populisten aller Couleur, die jeden Verdruß auf „Brüssel“ schieben. Es kann weder gelöst werden, indem sich die EU nach den britischen Vorstellungen zu einer reinen Freihandelszone zurückentwickelt, noch mit einem Parforceritt in die Vereinigten Staaten von Europa. Neue supranationale Regimeformen müssen erdacht und erprobt werden, die den Prozeß der europäischen Wiedervereinigung stärken und die erwähnte Lebendigkeit Europas widerspiegeln und fördern.

Die Europäische Union wird ein Bundesstaat neuen Typs – oder sie ist nicht. Sie saugt gewissermaßen die Nationalitäten auf, ohne eigene Staatsqualität und originäre Herrschaftsgewalt zu entwickeln. Die EU ist ein Zwischenregime, das den Vertragspartnern wesentliche Souveränitätsrechte beläßt, zugleich aber über die Gesetzgebung und den Europäischen Gerichtshof Befugnisse erwirbt, die die nationale Souveränität beträchtlich einschränken. Die ohnehin gegebene Interdependenz von Wirtschaft, Technik, Kultur und Lebenswelt wird in eine politische Form gegossen. Das ursprüngliche Ordnungsprinzip war das einer Wirtschaftsgemeinschaft: Die „vier Grundfreiheiten“ von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedsländern strahlten mehr und mehr auf andere Politikbereiche aus. Ökonomische Sachzwänge waren Triebfeder der politischen Integration. Tempo und Umfang dieser Dynamik waren immer umstritten. Der jüngste Widerstand verschiedener EG-Staaten vor und nach Abschluß des Maastrichter Vertrages entzündete sich am in der Tat riskanten Vorhaben der Währungsunion, die

10 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Bürger: Was wissen, befürchten oder erhoffen sie von einem gemeinsamen Europa?, in: Rupert Scholz (Hrsg.), Deutschland auf dem Weg in die Europäische Union: Wieviel Eurozentrismus – wieviel Solidarität?, Köln 1994, S. 35–43.

nicht nur die Wechselkurse, sondern die Finanz- und Haushaltspolitik, damit auch die Tarif- und Sozialpolitik der Staaten in Einklang (oder soll man sagen: zur Raison) bringen soll. Das war keine übermütige Attacke auf die Kernbereiche nationaler Souveränität, sondern zeigte nur, wie wenig autonom Nationalstaaten längst sind – ein Tabu, das die national verfaßten politischen Eliten nicht antasten wollten.

Das war der Grund, warum einige Regierungen „auf die Bremse getreten“ haben. Auch in der Bundesrepublik mobilisierten DM-Nationalisten den Affekt gegen das „Esperanto-Geld“ (Peter Gauweiler); darüber hinaus wollen sie den Selbstläufer der europäischen Eigenstaatlichkeit aus dem Tritt bringen. Die Aussicht, daß sich nicht nur die skandinavischen Staaten und die beiden Alpenrepubliken der EU anschließen (bzw. diesen Beitritt „autonom nachvollziehen“ wollen, wie die Schweiz), sondern daß mit den Gesuchen Polens, der Tschechischen Republik, Ungarns und Sloweniens die Konsequenzen der europäischen Wiedervereinigung zu ziehen sind, machte es den europäischen Föderalisten nicht gerade einfacher. Die Zustimmung zu einer bundesstaatlichen Eigendynamik wird schwieriger, wenn am Ende ein vierhundert Millionen und mehr Menschen umfassendes Gebilde mit einer einheitlichen Staatsbürgerschaft, parlamentarischen Mehrheitsbeschlüssen und übernationaler Identität entstehen soll.

Nach dem klassischen Muster der Nationalstaatsbildung kann das nicht gelingen. Die Europäer befinden sich jetzt in der Situation eines Autofahrers, der mit hoher Geschwindigkeit auf einen Engpaß zufährt: Er muß entweder eine Vollbremsung machen, um vor dem Hindernis zum Stehen zu kommen, oder aber durchstarten, um es noch rechtzeitig vor dem Gegenverkehr zu passieren. Dieses Manöver fällt in die Zeit der deutsch-französischen Präsidentschaft, die für 1996 angesetzte Revisionskonferenz („Maastricht 2“) muß die entscheidenden Weichen stellen. Dafür gibt es drei grundsätzliche Optionen: erstens die Verlangsamung der Integration, beginnend mit der Verschiebung oder Aussetzung der Währungsunion; zweitens die Fortentwicklung zum föderativen Bundesstaat mit entsprechender Stärkung des Parlaments, Festigung der Unionsbürgerschaft und Verbindlichkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; drittens ein „Nationalitätenstaat“<sup>11</sup>, der den Staaten Eigenrechte in der unbe-

schränkten Kompetenz der nationalen Institutionen beläßt und für die EU auf eigenständige Völkerrechtsqualität verzichtet, die Politiken der Mitgliedstaaten ansonsten aber weiter harmonisiert und das supranationale Regime ausbaut. Die Europäische Union bliebe der „unvollendete Bundesstaat“ (Walter Hallstein), würde aber nicht der Torso, den die Bremser heute aus ihr machen wollen. Szenario I beschreibt den restriktiven Kurs der Euro-Skeptiker, Szenario II das bundesstaatliche Ideal, Szenario III das Ausmaß an „Vertiefung“, das angesichts der anstehenden Erweiterung der EU möglich erscheint, wenn der politische Wille dazu ausreicht.

---

### III. Die Stunde des Parlaments

---

Das „Demokratiedefizit“ der Europäischen Union wird allgemein anerkannt. Seit der ersten Direktwahl 1979 und den 1986 in der Europäischen Akte erweiterten Befugnissen ist die Straßburger Versammlung keine bloß beratende mehr, aber auch noch kein „regierendes Parlament“, dem Kommission und Ministerrat verantwortlich sind. Die Bürger Europas fühlen sich machtlos und weit entfernt von der Brüsseler Zentrale. Europa-Wahlen gelten als Nebenschauplätze nationaler Auseinandersetzungen. So war die Wahl im Juni 1994 in Frankreich ein „Probelauf“ für bisher ungesetzte Präsidentschaftskandidaten, in Deutschland eine „Testwahl“ für die Bundestagswahlen vom Oktober, in Großbritannien Gelegenheit, dem Premierminister einen „Denkzettel“ zu verpassen, in Italien ein „zweiter Wind“ für den kurz zuvor an die Macht gekommenen Ministerpräsidenten Berlusconi usw. Nur bei den Beitrittsaspiranten waren die nationalen Wahlen umgekehrt auch indirekte Plebiszite für oder gegen Europa.

In der Idealperspektive müßte sich das Parlament „entnationalisieren“, was auch ein europäisches Parteienwesen voraussetzt. Zum anderen müßte das Parlament die klassischen Haushalts- und Gesetzgebungsbefugnisse erhalten. Der Ministerrat müßte folglich in eine zweite Kammer umgewandelt werden, der Kommission ein vom Parlament gewählter „Regierungschef“ vorstehen. Die nationalen Parlamente verlören ihre Funktion: In kleinen Mitgliedsländern würden sie zu „Landesparlamenten“ herabgestuft, in größeren Ländern übernehmen die Landtage die entsprechende

11 Vgl. M. Rainer Lepsius, Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: ders., Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993, S. 265–285.

Funktion, was sich in der Präsenz der deutschen Bundesländer in Brüssel bereits abzeichnet.

Die Alternative zur schrittweisen Entnationalisierung des Europaparlaments, von zwei Seiten unerwünscht, ist die Europäisierung der Nationalparlamente und der sie umrankenden Institutionen der Interessenvermittlung, was sich z. B. mit dem Bundestagsausschuß für Fragen der Europäischen Union abzeichnet. Daraus ergibt sich ein „System doppelter Repräsentanz, in dem sich europäische und nationale – und damit auch regionale – Legitimationsressourcen in einem Gesamtsystem sinnvoll ergänzen“<sup>12</sup>. Nationale und europäische Legitimation wirken zusammen, wobei letztere vor allem die Gegenstände der Politik betrifft, die auf EU-Ebene transferiert worden sind. Das Europäische Parlament ist heute selbstbewußter bereit, sich zu einem derartigen Kontrollorgan zu mausern, und überschreitet dazu die nationalen wie die parteipolitischen Lagergrenzen, was im Kodezisionsverfahren qualifizierte Mehrheiten, also Absprachen zwischen den Christdemokraten aus „Kerneuropa“ und den Sozialdemokraten (zum größten Teil aus Großbritannien und der Bundesrepublik) erforderlich macht. Ob das bis fast zur Jahrtausendwende gewählte Parlament sich dazu tatsächlich durchringt, ist unsicher. Die Zahl der neuen Abgeordneten ist sehr hoch, die Bildung von Fraktionen gestaltete sich schwierig, im Parlament sitzen viele ausgewiesene Euroskeptiker. Straßburg erwies sich in der Bestimmung des Delors-Nachfolgers Jacques Santer nicht sonderlich handlungsfähig, will aber einen eigenen Verfassungsentwurf vorlegen und zur Revisionskonferenz 1996 klar Position beziehen<sup>13</sup>.

---

#### IV. Ethnos oder Demos?

---

Das alte Parlament hat vor Ende seiner Amtsperiode einen Verfassungsentwurf für die Europäische Union vorgelegt, worin die Mitgliedstaaten „im Namen der europäischen Völker“ und nicht ein europäisches Staatsvolk als verfassungsgebende Gewalt bezeichnet werden. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinem „Maas-

tricht-Urteil“ die Staaten als eindeutige „Herren der Verträge“ titulierte. Das ändert nichts an der Doppelkonstruktion der EU: Die Gemeinschaft ist nicht nur ein „Staatenverbund“, sondern auch eine Gemeinschaft der Bürger. Neuerdings sind wir europäischen Marktbürger zu „Unionsbürgern“ aufgestiegen. Bisher bezeichnet das eine rein symbolische Paßunion. Allerdings gibt es im Maastrichter Vertrag und im Verfassungsentwurf Ansätze zu einer politischen Aktivierung des Unionsbürgers: Das Petitions- und Beschwerderecht sowie die Ausübung des kommunalen Wahlrechts im jeweiligen Wohnsitzstaat können ausdrücklich weiterentwickelt werden. Damit wird ein europäisches *ius domicilii* an die Stelle des in den Staatsangehörigkeitsgesetzen vorherrschenden Bluts- und Territorialprinzips gesetzt<sup>14</sup>. Das „Volk der Europäischen Gemeinschaft“, das sich in der direkten Vertretung im Parlament ebenso herauszubilden beginnt wie in der Unterwerfung unter supranationale Rechtsnormen, ist weder Ethnos, also durch gemeinsame Herkunft und Abstammung verbunden, noch Demos im klassischen Sinne. Doch ist auch die europäische Ebene ein Ort zur Sicherung der Bürgerrechte. Die Wirkungen des Schengener Abkommens und die unumgängliche Regulierung von Wanderungsströmen wird einen ebenso unabweisbaren Bedarf danach schaffen. Damit übernimmt die Europäische Union Funktionen, die klassischer Weise der nationale Rechtsstaat monopolisiert hatte.

Die herrschende Meinung der Staatsrechtslehrer und Verfassungsrichter verneint ein europäisches Staatsvolk kategorisch; für sie ist deshalb „ein demokratischer Verfassungsstaat auf europäischer Ebene nicht zu verwirklichen“<sup>15</sup> – auch eine Wahl, an der Ausländer teilnehmen, ist für sie nicht demokratisch legitimiert. Diese Auffassung postuliert eine homogene Gruppe von Staatsbürgern, die es auch in den Mitgliedstaaten selbst nach der massenhaften Einwanderung nicht mehr gibt. Für welches Europa auch immer, diese Restriktion ist ganz unhaltbar. Man kann nicht warten, bis sich ein derart homogenes „europäisches Volk“ herausbildet, um in Europa Demokratie zu

<sup>12</sup> W. Weidenfeld u. a. (Anm. 1), S. 33.

<sup>13</sup> Vgl. Meinhard Hilf, Eine Verfassung für die Europäische Union: Zum Entwurf des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments, in: *Integration*, 17 (1994) 2, S. 68–78.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Günter Frankenberg, Vom Marktbürger zum politischen Aktivbürger – Die Staatsangehörigkeit europäischen definieren, in: *Bündnis 90/Die Grünen* (Hrsg.), *Europa und seine Grenzen. Wege zu einer europäischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik*, Bonn 1994, S. 107–119.

<sup>15</sup> So exemplarisch auch der liberale Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm, zit. in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. 1. 1994, S. 11, dagegen Brun-Otto Bryde, Die bundesrepublikanische Volksdemokratie als Irrweg der Demokratietheorie, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis*, (1994) 3 (i. E.).

praktizieren – vielmehr muß man die (alte und neue) europäische Vielfalt als Grundlage der Demokratie ansehen. Demokratie ist definiert durch Zustimmung und Beteiligung ihrer Bürger, gleich, wo sie gerade wohnen, und egal, von wo und von wem sie abstammen und welche Sprache sie jeweils sprechen.

---

## V. Sprache und Demokratie – die Verschweizerung Europas?

---

Vor allem Sprachbarrieren werden oft als das entscheidende Hindernis für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit angesehen – keine gemeinsame Sprache, kein Staatsvolk, keine europäische Demokratie. Niemand verlangt ernsthaft, daß alle Europäer Esperanto sprechen und ihre Muttersprachen verlernen. In der Gemeinschaft der Zwölf werden (inkl. Katalanisch) bereits zehn offiziell anerkannte Sprachen gesprochen, und diese Sprachenvielfalt wird sich noch erweitern. Lediglich das Englische, das für 80 Prozent der EU-Bürger Fremdsprache ist, hat sich als *Lingua franca* für den wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Verkehr ausgeprägt. Sie ist nicht das Band, das die amerikanische Nation von Einwanderern früher zusammenhielt. Aber linguistische Vielfalt muß nicht zur babylonischen Gefangenschaft der politischen Demokratie in Europa führen. Es gibt – in den multikulturellen Gesellschaften Nordamerikas und Ozeaniens sowie in der Schweiz – erfolgreiche republikanische Modelle, in denen nicht alle Bürger die gleiche Sprache sprechen und dennoch demokratisch zusammenwirken<sup>16</sup>. Die sprachliche Vereinheitlichung, die klassische Nationalstaaten (zum Teil mit gewaltsamen Mitteln) durchgesetzt haben, ist keine Voraussetzung für eine politische Gemeinschaft. Ebenso wenig wie ethnische Homogenität dem Nationalstaat vorausgesetzt ist, muß es die sprachlich-kulturelle sein. „Überfremdungsängste“ sind überflüssig, wenn die Kulturhoheit in der Europäischen Union bei den Nationalstaaten bzw. bei deren regionalen Ländereinheiten verbleibt und der Schutz der Minderheiten weit über das bisher garantierte Minimum hinaus garantiert ist. Gerade auf der kulturellen Ebene ist das Subsidiaritätsprinzip anzuwenden<sup>17</sup>.

16 Vgl. dazu Bruno Schoch, *Die Schweiz und ihre Nationalitätenpolitik*, Ms., Frankfurt/Main 1991.

17 Vgl. dazu Robert Picht, *Europa – aber was versteht man darunter?*, in: *Merkur*, 48 (1994) 9/10, S. 850–866.

---

## VI. Das Airbus-Modell

---

Europäität erweist sich weniger daran, wie Europa institutionell und rechtlich definiert wird, als vielmehr an der Weise, wie Europa als politische Einheit *tätig* wird, um die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Hauptprobleme der Europäer zu lösen: Massenarbeitslosigkeit, ökologische Modernisierung und Sicherheit. Was die ökonomische Zukunft Europas betrifft, besteht zu Dekadenzphantasien kein Anlaß. Aber die Europäische Union ist mit Millionen Langzeitarbeitslosen und Armen ein sozialpolitischer Problemfall geworden, der nun weltwirtschaftlich den Anschluß zu verlieren droht. Mit konventionellen Mitteln der Nationalstaaten oder der Gemeinschaftspolitik (Subventionen für notleidende Branchen und Regionen) ist dem nicht mehr beizukommen; Konkurrenzfähigkeit und Standortqualität können nicht nach dem Muster der Agrarmarktverordnungen oder mit herkömmlicher Industriepolitik wiederhergestellt werden (ebensowenig mit radikaler Deregulierung). Kein noch so potenter EU-Staat kann im Alleingang die Herausforderung aus dem pazifischen Raum oder aus Ostmitteleuropa annehmen<sup>18</sup>.

Den unbestreitbaren Rückstand in den meisten High-Tech-Branchen können die EU-Staaten nur gemeinsam aufholen, wie etwa das Beispiel der europäischen Luftfahrtindustrie belegt. Das Airbus-Modell ist nur beschränkt übertragbar. Brachliegende Potentiale liegen in der sozialökologischen Modernisierung, d.h. in der Schaffung alternativer, umweltschonender und energiesparender Technologien und neuer Verkehrssysteme, die auch neue Exportmärkte eröffnen können und entsprechende sozialpolitische Initiativen nach sich ziehen (neue Arbeitszeit- und Sozialversicherungsregime). Hier geht es weniger um Fusionen und Zusammenschlüsse zu veritablen europäischen Unternehmen, sondern um die ganz normale Vergemeinschaftungswirkung ökonomischer und technischer Kooperation und Ausbildung. Europas Bürger sind nach dem „kulturellen Umbruch“ der sechziger und siebziger Jahre weit ökologischer orientiert, als es die schwache Präsenz grüner Umweltparteien in Straßburg vermuten läßt. Ebenso wenig darf die Erweiterung nach Osten, die sich über allmähliche Assoziierungen und Anpassungen bereits vollzieht, Hoffnungen auf neue regio-

18 Vgl. Konrad Seitz, *Deutschland und Europa in der Weltwirtschaft von morgen*, in: ebd., S. 827–849.

nalpolitische Segnungen für untergehende Industrie- und Agrarstandorte auslösen. Vielmehr müssen die dortigen Standortvorteile für Zukunftsinvestitionen genutzt werden. Technologiepolitik ist also eine bedeutende Arena europäischer Wiedervereinigung, und sie ist nicht viel wert, wenn sie nicht auch von einer bildungspolitischen Offensive begleitet wird. Diese liegt zum großen Teil in den Händen der nationalen und der Landesregierungen, muß aber auch stärker als bisher „europäisches Profil“ gewinnen.

---

## VII. Weltmacht Europa?

---

Die pazifische Wirtschaftszone, zu der auch die Vereinigten Staaten zählen, ist nur eine der Herausforderungen, auf die die Europäische Union eine gemeinsame Antwort finden muß und bisher nicht gefunden hat. Daß sie in der friedlichen Beilegung des Nahostkonfliktes ebenso am Rande steht wie bei der Eindämmung des Balkankrieges, deutet auf ein schweres Manko hin: Es gibt kein gemeinschaftliches Außen- und Sicherheitskonzept. In beiden Regionen spielen die europäischen Nationen Großmacht, verteidigen ihre (vermeintlichen) nationalen Interessen und Einflußzonen – und machen sich damit, einschließlich des deutschen Newcomers, lächerlich. Nicht „Europa“ hat in Palästina oder auf dem Balkan versagt, sondern die disparaten Reaktionen der Nationalstaaten haben es in Mißkredit gebracht und seine außenpolitische Handlungsfähigkeit generell in Frage gestellt. Gemeinsame Außenpolitik ist nicht nur aus sachlichen Gründen geboten, sondern kann den Europäern auch politische Identität verleihen. Europa ist so existent, wie es in politisch-militärischen Konflikten präventiv, mäßigend oder kriegsbeendend auftritt und dauerhaft Frieden stiftet.

Nahost- und Jugoslawienpolitik sind geradezu abschreckende Beispiele: Im ersten Fall sind gegebene Chancen fahrlässig vertan worden, im zweiten war Europas Zwietracht ein Faktor, der den hausgemachten Konflikt zwischen den Teilrepubliken noch eskalieren ließ. Diese beiden Regionalkonflikte verweisen im übrigen auf zwei andere Konfliktszenarien mit weltpolitischer Dimension: den anti-westlichen, auch gegen das säkulare Europa gerichteten Anspruch des Islamismus und die Ungewißheit in der ehemaligen Sowjetunion bzw. Rußland. Zum Bürgerkrieg in Nordafrika und zur

instabilen Lage der GUS-Staaten hat die Europäische Union keine gemeinsame Position. Man tut so, als könne Konfliktvermeidung und -bereinigung Frankreich und Deutschland bzw. den selbstlosen Beiträgen kleinerer EU-Staaten zu Blauhelmkontingenten überlassen bleiben. Europas Institutionen haben den fundamentalen Wandel der Weltordnung noch nicht nachvollzogen. Die EU verläßt sich „draußen in der Welt“ auf die Absprachen und Interventionen von Amerika und Rußland, und in ihrem Inneren vertraut sie weiter auf deren Fähigkeiten, mit Abschreckung für Ordnung zu sorgen.

Im Kontrast dazu hat François-Poncet die Zukunft Europas als Weltmacht definiert: Den Rückzug der USA, den bedrohlichen Islamismus und die russische Ungewißheit könne Europa nur als eigenständige Großmacht bewältigen<sup>19</sup>. Eine solche Vision widerspricht allen Hoffnungen, die sich die westeuropäische Wirtschaftsgroßmacht unter dem Schirm der nuklearen Abschreckung und die Europäer über die nun fällige „Friedensdividende“ gemacht haben. Besonders die deutsche Außenpolitik steht nun nicht mehr im Zeichen der deutschen Frage. Auch wird von ihr keine Scheckbuchdiplomatie, sondern die Rationalität und Tatkraft einer „normalen Nation“ erwartet. Aber was ist „normal“? Es werden Empfehlungen gegeben, darunter die Lockerung der Westbindung zu verstehen, und es werden Zweifel laut, ob die Bundesrepublik in ihrer geographischen Mittellage noch ein zuverlässiger Partner sein könne. In Wahrheit muß die Westbindung zeitgemäß verstärkt werden, und an diesem von Wolfgang Schäuble bis Joschka Fischer<sup>20</sup> reichenden Konsens kann kein Zweifel bestehen. Es geht einzig um die Modalitäten der Europäisierung der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der die europäischen Nachbarn von Paris bis Warschau ebenso unsicher sind.

Sehr viel mehr als auf dem kulturellen Gebiet, mehr auch als in Wirtschafts- und Währungsfragen ist gerade hier, in dieser besonders gehüteten Domäne nationaler Eigenständigkeit, eine Souveräni-

---

19 Vgl. J. François-Poncet (Anm. 9).

20 Vgl. Wolfgang Schäuble, Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994; Joschka Fischer, Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, Köln 1994; vgl. auch Günther Gillessen, Was Adenauers Westbindung bedeutet, in: FAZ vom 28. 4. 1994, S. 14; Michael Mertes/Hubertus von Morr, Linke, rechts drehend, in: ebd. vom 20. 4. 1994; Hans D. Barbier, Anschwellende Zumutung, in: ebd. vom 25. 4. 1994, sowie Dan Diner, Feinde des Westens. Zwischen Gesellschaft und Nation, in: ebd. vom 11. 5. 1994 gegen die in Anm. 2 genannten Autoren.

tätsübertragung erforderlich: Die Vorstellung, innere und äußere Sicherheit, ökologische Risiken und transnationale Mobilität in „Alleingängen“ bewältigen zu können, ist anachronistischer denn je. Wirkliche Souveränität besteht in der Herausbildung gemeinsamer Interessen und Grundsätze sowie in der Verpflichtung, gemeinsam zu handeln. Das außenpolitische Instrumentarium der EU ist unterentwickelt und durch das Konsensprinzip blockiert; deswegen ist das Mittel der „positiven Enthaltung“ vorgeschlagen worden, wonach „gemeinsame Aktionen, die der Einstimmigkeit bedürfen, auch dann zustande kommen, wenn einzelne Mitgliedstaaten für sich zwar eine aktive Rolle im Rahmen dieser Aktion ausschließen, sich jedoch verpflichten, sie weder zu behindern noch zu unterlaufen“<sup>21</sup>.

Die europäische Sicherheitsarchitektur muß wiederum verschiedene internationale Regime miteinander verbinden: die Landesverteidigung im engeren Sinne mit weltweiten friedenssichernden UNO-Einsätzen; die in ihren Zielen radikal undefinierte Nordatlantische Verteidigungsorganisation mit ihrem ebenfalls neu zu definierenden Europäischen Pfeiler, der Westeuropäischen Union, und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die neue Mechanismen der Konfliktverhütung und -regulierung entwickelt hat, auch im Bereich des Schutzes ethnischer, religiöser und kultureller Minderheiten vor Diskriminierung.

Wenn man sich auf solche gemeinsamen Zielsetzungen, Interessendefinitionen und Instrumente einigen kann, wirkt das in die Außen- und Sicherheitspolitiken der einzelnen EU-Staaten hinein. Zum Beispiel sollte nicht Deutschland einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO anstreben, sondern die Europäische Union muß dort besser koordiniert auftreten. Die allfällige Neuorganisation der nationalen Streitkräfte sollte auf ein gemeinsames Euro-Korps und eine europäische Rüstungsagentur hinauslaufen; vor allem humanitäre Hilfseinsätze müssen besser abgestimmt werden. Außenämter und die Auslandsvertretungen der EU-Staaten müssen viel stärker als bisher miteinander kooperieren. Es gibt bisher noch nicht einmal wirksame Planungsstäbe der EU, die das Informationsmonopol, besser: die Geheimniskrämerei der Mitgliedstaaten durchbrechen. Nirgends ist das anachronistische Nationalstaatsprinzip so hinderlich, aber nirgend sonst auch ist es so schwer zu überwinden wie in diesem Bereich.

21 W. Weidenfeld u. a. (Anm. 1), S. 47.

---

## VIII. Kleineuropa – Mittel oder Ziel der Europäischen Union?

---

Kleineuropäisch 1995 wäre ebenso falsch wie kleindeutsch 1848, wenn damit die politische Finalität Europas und nicht bloß eine Technik gemeint ist, um die Wiedervereinigung Europas in der notwendigen Dosierung und Etappenbildung zu erreichen<sup>22</sup>. Ein wie auch immer begründeter Ausschluß Polens, der tschechischen und slowakischen Republiken, Ungarns und auch der Balkanländer aus dem Gemeinsamen Europäischen Haus ist undenkbar. Denkbar ist einzig, dem Endziel der Schaffung gleicher Lebens- und Sicherheitsverhältnisse durch Bildung eines harten, integrations- und entwicklungsfähigen Kerns näherzukommen. Abschottung, die einem neuen Eisernen Vorhang gleichkäme, wäre fatal. Auch wenn die genannten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas aus Gründen, die dort sehr wohl nachvollzogen werden können, vorläufig nicht zur Europäischen Union gehören, darf nicht der mindeste Zweifel bestehen, daß sie ohne Einschränkung zu den europäischen Völkern und Kulturen zählen, daß es also weder zu einem Ausschluß der orthodoxen noch auch der in Europa historisch präsenten islamischen Tradition kommen darf.

Auch zu Rußland, der Türkei und Nordafrika, die definitiv nicht zu Europa zählen, müssen besondere Assoziationsverhältnisse in ökonomischer, kultureller und sicherheitspolitischer Hinsicht vorgesehen werden. Die Kleineuropa-Strategie, die sowohl in Paris wie in Bonn entwickelt wurde, richtet sich eher auf Integrationsblockaden innerhalb der jetzigen Zwölf ein, z. B. auf ein britisches Veto, das wohl nur mit einem Regierungswechsel in London zu mäßigen sein wird, oder auf die dänischen Absonderungsbestrebungen, die mit einer Neudefinition der Außenpolitik abzustellen sein dürften. Kleineuropa ist der *worst case*, wenn „Maastricht 2“ ein völlig unbefriedigendes Ergebnis bringt; das ist um so besser zu verhindern, je stärker die Länder, die jetzt in wenig dezenter Weise als Kerngruppe auserkoren wurden, ein Reformkonzept der Europäischen Union vorlegen, das es allen europäischen Staaten ermöglicht, zum Kern hinzuzustoßen.

22 Vg. dazu: „Überlegungen zur europäischen Politik“, das Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion, das im Sommer für europaweite Aufregung gesorgt hat.

---

## IX. Von Kreisau nach Sarajevo

---

Europa endet nicht in Sarajevo: Es muß dort von neuem beginnen. Der Krieg in Bosnien ist nicht der Beweis für das notwendige Scheitern supranationaler Regime, wie im jugoslawischen Fall, sondern Beleg der fatalen Wirkungen, die eine Renationalisierung für Europa hat, wenn sich der Wahn völkischer Homogenität als Grundlage politischer Identität durchsetzt. Die Europäische Union hat diesen mörderischen Konflikt vor ihrer Haustür nicht verhindern und nur wenig mildern können. Die europäische Diplomatie steckt tief in der Sackgasse, Kriegsverbrecher an der Macht bestimmen das Gesetz des Handelns. Doch sind nicht alle Chancen vertan, die ex-jugoslawischen Teilrepubliken zu befrieden und ein Überspringen des Funkens auf andere Konflikte zu verhindern. Die Organisation des Friedens und Wiederaufbaus muß in europäischer Regie liegen. So, wie (bei weitem nicht alle) europäische Staaten sich der Flüchtlinge angenommen und humanitäre Hilfe organisiert haben, müssen sie endlich auch politische Initiativen starten. Ein gewichtiger Aspekt ist der kulturelle Wiederaufbau, der auch nur ein europäisches Gemeinschaftsprojekt sein kann. Sarajevo, das Symbol der multikulturellen Einheit Ex-Jugoslawiens, sollte möglichst bald zur Kulturhauptstadt Europas erklärt werden<sup>23</sup>. Eine Mehrheit Jugendlicher identifiziert Europa mit Kultur und Zukunft<sup>24</sup>. Kein Symbol, aber auch keine praktische Aufgabe könnte Europäität politisch besser repräsentieren als diese Zielsetzung für die „auswärtige Kulturpolitik“, die immer noch viel zu stark der nationalen Selbstdarstellung oder der Förderung einer bestimmten nationalen Sprache und Kultur dient.

Als man in Deutschland den 50. Jahrestag des 20. Juli 1944 beging, machten die Geschichtspolitiker gleich zwei Fehler: Nicht nur leugneten sie die herausragende Beteiligung von Kommunisten und Sozialisten am deutschen Widerstand, auch verfehlten sie mit der Konzentration auf ihren nationalkonservativen Teil die europäische Dimension der antinationalsozialistischen Résistance. Die Treffen der Föderalisten aus allen Teilen West- und Osteuropas kann man als eine ideelle Präfiguration Nachkriegseuropas ansehen<sup>25</sup>. Während die

Konservativen (auch in Deutschland) die ungebrochene Restauration nationaler Macht und die Kommunisten die Sowjetisierung Europas im Sinn hatten, waren einzig diese Föderalisten geistig auf der Höhe der Zeit, und es ist bedauerlich, daß ausgerechnet sie im politisch-publizistischen Streit um die „korrekte“ Repräsentation des Widerstands unter den Tisch fielen. Um aus den vielfältigen Initiativen in ganz Europa nur den Kreisauer Kreis hervorzuheben: Die von Yorck und Moltke in finsterster Zeit entworfenen Pläne für ein vereintes Europa waren eine eindeutige Absage nicht nur an den Nationalismus, sondern auch an das Nationalstaatsprinzip. Die in Kreisau erdachte Verbindung von personalem Sozialismus und ökonomischer Selbstverwaltung mit einem dezentralen Europa der Regionen ist jedenfalls sehr viel aktueller und zündender als die Vorschläge, die vermeintliche Realisten heute zur Zukunft Europas unterbreiten. Dasselbe gilt für die Arbeit, die junge Europäer heute in Kreisau leisten, wo ein deutsch-polnisches Verständigungswerk in den Gemäuern des alten Gutes Europäität in einem sehr konkreten Sinne einübt und verbreitet.

Wenn der Krieg ein „Lehrmeister“ ist, dann gilt es, vor allem diese Lektion zu lernen: daß nationaler Egoismus Konflikte schafft, Kreativität behindert, zur sozialen Stagnation führt. Ziel der Politik ist bekanntlich (nicht in einem naiv pazifistischen Sinn) Stiftung und Sicherung des Friedens<sup>26</sup>. Vor allem diese Zielbestimmung kann europäische Identität stiften, die politische Gemeinschaft der Europäer begründen und sie aus ihrer lebensweltlichen Idylle herausholen. „L'Europe commence à Sarajevo“ war der Name einer Liste, die im Juni 1994 in Frankreich zu den Europawahlen antrat und trotz ihrer amateurhaften Inszenierung zwei Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Man hat die Initiatoren dieser Liste als naive Träumer oder clevere Medienunternehmer kritisiert und dabei übersehen, daß in einem derartigen politischen Engagement für Bosnien der Keim einer neuen europäischen Bewegung und auch einer gesamteuropäischen Partei gepflanzt worden ist, wozu weder die Apparate der nationalen Großparteien, die Gewerkschaften noch die ökologischen Bewegungen fähig waren.

Europa wird kein Bundesstaat klassischer Art, sondern ein Bundesstaat neuen Typs sein. Insofern ist dem Skeptiker Hermann Lübke zuzustimmen:

---

23 Vgl. Claus Leggewie, Das kollektive Gedächtnis Bosniens, in: tageszeitung vom 23./24. 4 1994, S. 3.

24 Vgl. Emnid-Umfrage (Anm. 3).

25 Vgl. dazu die kommentierte Quellensammlung von Walter Lipgens, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–45, München 1968; Hans Mommsen,

Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung Deutschlands, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994) 3, S. 361–377.

26 So Dolf Sternberger, Die Politik und der Friede, Frankfurt/Main 1986.

Die künftige Europäische Union ist ein staatsrechtlich noch gar nicht identifiziertes, historisch niemals zuvor existent gewesenes Gebilde<sup>27</sup>. Auch sein Pragmatismus ist zu bejahen: Es ist die „Evidenz der Zweckmäßigkeit“, mit deren Einsicht der Fortgang der Integration steht und fällt. Dennoch kann die EU mehr werden als ein bloßer „Staatenverbund“ (Dahrendorf), eine bloße „institutionelle Kompensation faktischer Souveränitätsverluste“ (Lübbe) oder ein funktional ausgerichteter Zweckverband (Lepsius). Die Schaffung europäischen Rechts, die Wohlstandssicherung durch transnationalen Wirtschaftsverkehr, die Fundierung einer europäischen Regionalidentität sowie Gemeindekooperation und die lebensweltliche Europäität schaffen ausreichend „Tiefenbindungen“, um an der Seite (nicht an der Stelle) der Nationalstaaten eine „european civic nation“ wachsen zu lassen, die dem Modell des heterogenen Nationalstaates entspricht. Dessen Funktion war, machtgestützte Sicherheit unter gleichberechtigten Ungleichen zu schaffen.

Es gibt keinen systematischen Grund, diese Einheit in der Differenz auch auf europäischer

27 Vgl. Hermann Lübbe, Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben, Berlin 1994.

Ebene auszuschließen und dem historischen Nationalstaat per se und auf alle Zeiten höhere Bindungskraft zuzusprechen<sup>28</sup>. Die Erosion nationaler Identität und der aufflammende Nationalismus sind ein Beweis dafür. Kollektive Identitäten haben keine ominösen Vorgaben aus den Tiefen der Geschichte oder gar durch Bluts- und Verwandtschaftsbande, sondern entstehen durch ein „tägliches Plebiszit“. Diese Feststellung Ernest Renans ist auf das heutige Europa zu übertragen.

Um so erfreulicher ist die Abfuhr, die die Europessimisten und EU-Gegner sich in der Europawahl 1994 in Deutschland holten. Die Partei der „Republikaner“ und der „Bund Freier Bürger“ sind in der Versenkung verschwunden. Das bedeutet nicht, daß die von ihnen mobilisierten Aversionen gestorben sind; sie halten sich vielmehr in allen Parteien der Bundesrepublik. Die Ernüchterung der älteren Generation und die interessierte Skepsis der jüngeren Revisionisten kann aber nur durch eine neue europäische Bewegung eingedämmt und widerlegt werden. Von selbst kommt Europa nicht.

28 Vgl. Hagen Schulze, Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1994.

## Frankreich und Europa

Erste Anzeichen einer Neuorientierung französischer Politik im Jahre 1994 werden inmitten vager politischer Konzeptionen deutlich, wenn man die Situation vor 1990 zum Vergleich heranzieht. Anfang der neunziger Jahre scheint die Wahl, die in den frühen sechziger Jahren getroffen wurde – Rückzug aus den Kolonien und langfristiges Engagement in Europa – wieder in Frage gestellt zu sein. 30 Jahre lang haben die französischen außenpolitischen Leitlinien, die besonders deutlich an der Sicherheits- und Verteidigungspolitik<sup>1</sup> abzulesen sind, die Zukunft des Nationalstaates Frankreich gekennzeichnet, zum einen durch die Übernahme einer Schlüsselrolle im regionalen Rahmen Westeuropas, zum anderen durch die Festigung einer neu definierten Stellung Frankreichs in der Welt.

Die neunziger Jahre bringen diese Einteilung durch zwei gleichzeitig ablaufende Entwicklungen ins Wanken: Rückzug auf nationale Interessen zum Nachteil Europas und Mitwirkung am globalen Kräfteverhältnis auf einer neuen Ebene und unter neuen Modalitäten. Handelt es sich um eine anhaltende Tendenz, die perspektivisch mit der Entscheidung der sechziger Jahre vergleichbar ist, oder nur um eine Übergangsphase, an deren Ende sich Gleichgewichte einstellen, die besser auf Frankreichs Potentiale zugeschnitten sind?

---

### I. Ein geographischer Raum ohne politisches Gebiet?

---

Die mit der Auflösung des Sowjetimperiums verbundenen Veränderungen haben die politischen Konzepte Frankreichs von Grund auf erschüttert, denn sie eröffneten im Osten Europas Perspektiven, die sich nicht in ein gebietsbildendes politisches Integrationsschema einordnen ließen. Nach der anfänglichen Euphorie über die Ausbreitung von Demokratie und Frieden über den ganzen Kontinent erleben wir jetzt die Bewegung der ost-

europäischen Länder nach Westeuropa, wodurch sie sich politische und wirtschaftliche Vorteile erhoffen. Diese Bewegung ist allerdings viel deutlicher, als es die Absicht der westeuropäischen Staaten ist, die mühsame politische Strukturierung Europas auf die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten auszuweiten. Deutschland war zu Beginn seiner Vereinigung bemüht, zunächst die ehemalige DDR in die Gemeinschaft einzubinden, bevor es aus Gründen der Stabilität die Ausweitung des Prozesses nach Osten anstrebte.

Der Gegensatz Erweiterung vs. Vertiefung der europäischen Institutionen ist aber zu einer spezifisch französischen Nagelprobe geworden. Dies bedeutet nicht, daß Frankreich selbst den Gedanken einer räumlichen Erweiterung ablehnen würde, aber es bereitet dem Land Schwierigkeiten, ein von anderen konzipiertes Integrationsmodell in Erwägung zu ziehen, ohne ein eigenes Modell vorlegen zu können. Es steht also vielmehr die Form als der Grundsatz der Erweiterung zur Debatte.

Die politisch Verantwortlichen in Frankreich sind davon überzeugt, daß sich eine vorschnelle Öffnung nach Osten nach der Erweiterung um die EFTA-Länder verheerend auf die europäischen Institutionen auswirken würde. Dennoch sind sie nicht imstande, einer offensichtlich unaufhaltsamen Entwicklung ein glaubwürdiges politisches Konzept entgegenzusetzen. Hier wird die Versuchung, den Rückzug anzutreten, übermächtig.

Die semantische Verschiebung des Ausdrucks „Das andere Europa“ (für Osteuropa) zu „Ein anderes Europa“ (alle denkbaren Europa-Modelle zusammengefaßt) ist für diese Entwicklung charakterisierend. Der unbestimmte Artikel mag eine vielleicht erstrebenswerte politische Formel kennzeichnen, doch niemand, der sich dieser Formel bedient, wäre heute in der Lage, sie umzusetzen.

Diese Situation ist nicht spezifisch französisch, doch berührt sie die geopolitische Vorstellung in Frankreich gravierend, weil diese eher politisch als geographisch begründet ist. Für Frankreich geht es nicht um die Integration von Minderheiten anderer Nationalitäten (Deutschland), nicht um die Klärung von Grenzfragen, die als längst geregelt galten (Italien und Istrien) und auch nicht um die

---

Übersetzt von Antje Müller-Schlömer und Sigrid Lange.

1 Vgl. Ministère de la Défense, Livre blanc sur la Défense nationale, Paris 1972, insbes. Kap. 1.

Ausdehnung des liberalen Marktes (Großbritannien). Frankreich geht es vielmehr darum, zur Schaffung eines politischen Gefüges beizutragen und dabei Vorrechte und Kompetenzen, Beitritts- und Ausschlußmöglichkeiten zu definieren. Das wird allerdings praktisch unmöglich sein.

Für die beitragswilligen EFTA-Länder (deren Beitrittsbedingungen aus politischen Gründen nicht mit aller Härte ausgehandelt wurden, denn es galt, „die Akte zu schließen“) wäre dieser Weg noch vorstellbar, im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten erscheint er absurd. Dennoch stand es für Paris nie zur Debatte, sich der Erweiterungsbereitschaft anderer Mitgliedsländer entgegenzustellen (auch wenn Deutschland und Großbritannien aus unterschiedlichen Motiven, und in deren Sog französische Politiker, diese Erweiterung zu nutzen suchen, um die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft zu bremsen), da die Interessenlage Frankreichs nicht das Risiko aufwog, sich aufgrund eines eingelegten Vetos das Etikett des nationalen Egoisten anheften lassen zu müssen. Aber das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der europäischen Institutionen ist nachhaltig erschüttert worden, allerdings in Frankreich nicht mehr als in anderen europäischen Ländern auch, falls man den letzten von der Kommission veröffentlichten Umfragen<sup>2</sup> Glauben schenken darf.

Aber das Kraftzentrum des gemeinschaftlichen Europa hat sich nach Nordosten verlagert und mit ihm auch die kollektiven französischen Vorstellungen von diesem Raum. Fünf der elf anderen Mitgliedstaaten haben gemeinsame Grenzen mit Frankreich; keines der zukünftigen Beitrittsländer oder einer der Antragsteller grenzt an das französische Staatsgebiet, und es bestehen auch keine traditionellen Bindungen durch einen intensiven Kulturaustausch.

Da das Ziel Europa weniger erstrebenswert erscheint, ist ein erweitertes Europa für Paris nicht mehr die Plattform der vorrangigen politischen Konzepte und Vorstellungen. Infolgedessen gewinnen die nationale und die globale Ebene an Bedeutung. Das Mittel zur Aufwertung des nationalen Gedankens ist die Frage der Subsidiarität. Doch die Subsidiarität wird gerade in Frankreich weitgehend dazu verwendet, Kritik an der Brüsseler Kommission und der Vergemeinschaftlichung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu üben. Dabei wird die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen befürwortet, die jedem Staat seinen Handlungsspielraum wieder zugesteht.

Wenn allerdings die französischen Kritiker des europäischen Prozesses den Begriff Subsidiarität verwenden, verkennen sie, daß die Subsidiarität einem Denkschema entspricht, das versucht, ein Höchstmaß an Kompetenzen an jene politischen Ebenen zu geben bzw. zurückzugeben, die dem Individuum am nächsten stehen (die lokale Ebene, die regionale Ebene im engeren Sinne), und somit nur in den Bereichen eine Übertragung von Kompetenzen vorsieht, in denen es nicht anders sein kann (Sicherheits- und Verteidigungsbereich). In dieser Logik der Subsidiarität erfährt das Individuum zudem eine Aufwertung auf Kosten des Staatsbürgers; die lokale Ebene, oder eher der Föderalismus, gewinnt im Gegensatz zum allgemeinen Zusammenhalt an Bedeutung.

Gleichzeitig hat aber der Status Frankreichs als neuer Nettobeitragszahler zum Gemeinschaftshaushalt nicht zu einer Festigung seiner Protagonistenrolle innerhalb der europäischen Instanzen geführt, wodurch es Frankreich möglich geworden wäre, zum Beispiel für eine territoriale oder soziale Homogenität einzutreten. Es drängt Frankreich eher in die Reihen der eifrigen Befürworter von „I want my money back“.

Die Verschiebung des europäischen Kraftzentrums nach Nordosten hat Frankreich keine besonderen Vorteile bei der Verteidigung seiner Interessen im Süden eingebracht. Daneben hat Deutschland an Einfluß gewonnen und macht sich zum Sprachrohr der mitteleuropäischen Länder.

Parallel dazu erfolgt eine Rückbesinnung auf Werte, die weniger europäisch sind als vielmehr um den Nationalgedanken kreisen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß Frankreich seine globale Rolle mit Nachdruck und in leicht abgewandelter Form wieder besetzt. Nichts ist in dieser Hinsicht aussagekräftiger als der Vergleich der beiden Weißbücher von 1972 zur Nationalen Verteidigung und von 1994 zur Verteidigung.

Im ersten Weißbuch wurde der Akzent bewußt auf die nukleare Abschreckung als Instrument zur Bewahrung der lebenswichtigen (überwiegend nationalen) Interessen gesetzt. Das schloß nicht aus, in einem zweiten Aktionsradius, dem französischer Bündnissysteme, d.h. in erster Linie Europa, zu agieren. Hinzu kam ein dritter Aktionsradius, der der Vertretung französischer Interessen in der übrigen Welt. Innerhalb des zweiten Aktionsradius bestand 20 Jahre lang die Frage, inwieweit die französischen Alliierten und europäischen Nachbarn zumindest indirekt nuklearen Schutz von Frankreich genießen. Innerhalb des dritten Aktionsradius hatten die verfügbaren konventionel-

<sup>2</sup> Vgl. Eurobaromètre, Mai 1994.

len Streitkräfte nur eine begrenzte Interventionsfähigkeit, da ein Großteil der finanziellen Mittel für Mitteleuropa und die Atomstreitkräfte bestimmt war.

Im Weißbuch von 1994<sup>3</sup> geht der Wegfall des „nationalen“ Verteidigungsauftrages einher mit dem Bedeutungsverlust der Rolle der schlagkräftigsten „nationalen“ Waffe, d. h. der schwer aufteilbaren Atomstreitkraft, die zugunsten der konventionellen Streitkräfte abgewertet wurde. Die Atomstreitkraft bleibt bestehen, aber ihre eindeutigste Funktion scheint von nun an darin zu bestehen, das konventionelle Potential in letzter Konsequenz zu decken. Die einsatzfähigen Streitkräfte müßten verdreifacht werden, d. h. von zirka 40 000 Mann auf mehr als 120 000 Mann, alles Berufssoldaten, ansteigen, und könnten in einem Umkreis von 5 000 bis 7 000 km eingesetzt werden. 1972 war die Abschreckung nach allen Seiten hin ausgerichtet, aber nationale Interessenkreise bestimmten die Art des Auftrages. 1994 bedeutet die Streitkräfteentfaltung, daß jegliche Vorstellungen von Grenzen innerhalb eines gigantischen Kreises nicht mehr existieren.

Sicher liegt es auf der Hand, daß ein Eingreifen eher im Süden oder im Osten stattfände als auf der anderen Seite des Atlantiks. Zudem ist damit zu rechnen, daß die finanziellen Ressourcen für die Entwicklung von Logistik, Satelliten und anderen Mitteln, die für die Verwirklichung solcher nationalen Ziele notwendig sind, auch im Jahre 2010 fehlen werden. Es ist nicht angebracht und wäre auch zu einfach, Kritik an den Ambitionen Frankreichs zu üben. Es sollte vielmehr darüber nachgedacht werden, was diese Ambitionen vor dem Hintergrund der gegenwärtigen geistigen Veränderungen und sich wandelnden Vorstellungen überhaupt bedeuten.

In geopolitischer Hinsicht wird durch das Weißbuch und das Rahmengesetz, das diese Leitlinien in einem 6jährigen Haushaltsplan umsetzt, – beides Instrumente einer kohärenten Einsatzstrategie der Mittel – Europa nicht mehr zum Schauplatz der Glorifizierung Frankreichs bestimmt. Darin wird Europa vielmehr zur Unterstützung Frankreichs in dem Bestreben, seine „Stellung“ als kleine Großmacht zu behaupten, aufgefordert<sup>4</sup>.

So sind es auch nicht mehr die verstreuten Überreste des überseeischen Kolonialreiches, die der Legitimation von konventionell bewaffneten Ein-

greiftruppen mit weitem Aktionsradius dienen; es ist Frankreichs Stellung unter den Nationen, die sich unter anderem durch einen Sitz als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der UNO definiert, die es zu verteidigen gilt. Dies ist eine nicht mehr kontinental oder europäisch, sondern „national-global“ oder vielleicht auch „national-maritim“ geprägte Vorstellung (Chef des Generalstabes der Streitkräfte ist Admiral Lanxade), bei der sich die Möglichkeiten der Entfaltung auf der glatten Oberfläche eines strategischen Ozeans ohne politische Grenzen weiterentwickeln lassen.

Es existieren keine Feinde, Gebiete oder langfristigen Ziele mehr, nur noch ein scheinbar entpolitisiertes Raum, in dem sich Einsatzkräfte bewegen, die in besonderem Maße Abstraktheit verkörpern, da sie nur dem Frieden dienen. Hinter der Forderung nach entsprechenden Mitteln steht nicht mehr das Streben nach nationaler strategischer Autonomie (im Sinne von 1972), ebensowenig die Absicht, eine vorrangige Rolle in Europa zu spielen. Die alles rechtfertigende UNO wird zur Legitimation sämtlicher hypothetischer Einsatzmöglichkeiten oder Kampfaufträge bemüht. Geopolitik auf weltweiter Ebene: Das ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Vertretung territorial ausgerichteter Interessen zugunsten eines Interventionspotentials, dessen Einsatz durch eine aktuelle, direkte, kurzgesagt ereignisorientierte Darstellung in den Medien gerechtfertigt wird<sup>5</sup>.

Die Beschränkung der Haushaltsmittel blockiert eine Umsetzung der politischen Darstellung in militärische Mittel nach wie vor am stärksten. Obwohl Frankreich das europäische Land mit den geringsten Einsparungen bei den Verteidigungsausgaben ist, kürzt der Finanzminister, trotz der hochgesteckten Ziele des Rahmengesetzes, die jeweiligen Jahreshaushalte. Der Umfang der praktischen Umsetzung wird daher bescheidener ausfallen als vorgesehen. Und die französischen Streitkräfte laufen Gefahr, sich auf eine Vielseitigkeit ihrer Einsatzmöglichkeiten zu konzentrieren, die nur bei einem Interventionsvorhaben von solchem Ausmaß zum Tragen käme, wie es für Frankreich undenkbar ist. Anders ausgedrückt: Sie könnten nur die Rolle von Hilfstruppen zugewiesen bekommen<sup>6</sup>. Denn nur die USA mit der realen

3 Vgl. Livre Blanc sur La Défense, La Documentation française, Paris 1994.

4 Zur zwanghaften Fixierung auf „Die Stellung“ vgl. Pierre M. Gallois, Livre noir sur la Défense, Paris 1994.

5 Solange die militärische Überlegenheit des Westens fortbesteht, stellt sich kaum die Frage, wie lange es noch gelingt, den Akteuren der Konflikte an den Randgebieten des Westens und im Süden über den UNO-Sicherheitsrat westliche Werte aufzuerlegen.

6 Vgl. General G. Fricaud-Chagnaud/Jean-Jacques Patry, Mourir pour le roi de Prusse, Paris 1994

Kapazität für eine weltweite politische und militärische Kräfteentfaltung sind in der Lage, der in den französischen Gesetzestexten beschriebenen Stellung gerecht zu werden. Die französischen Streitkräfte könnten also dazu aufgefordert werden, sich einer von den USA für bestimmte Gebiete definierten Politik anzupassen, die zufällig auch in dieser oder jener Hinsicht französischen Interessen entspricht.

Bei dem Versuch, sich eher auf dem globalen als auf dem europäischen Spielfeld zu behaupten, riskiert es Frankreich, beide Partien zu verlieren. Deutschland dagegen, das sich stärker der regionalen als der europäischen Politik zuwendet (gemeint ist das Streben nach politischer Vertiefung), wird zu einem unverzichtbaren Akteur auf dieser Bühne, weil es ein höheres Ziel vielleicht erst zu einem späteren Zeitpunkt erreichen will, d.h. die Übernahme einer weltweiten Rolle. Zwar ist Deutschland noch kein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, doch überrascht seine Teilnahme in der Kontaktgruppe zur Jugoslawienkrise, Seite an Seite mit Frankreich, Großbritannien, den USA und Rußland, wohl niemanden, auch wenn die deutsche Außenpolitik gerade in diesem speziellen Fall nicht immer von gemeinschaftlichem Charakter geprägt war. So hält Frankreich an seiner Stellung und Deutschland an seinem Plan fest.

---

## II. Niedergang oder Wandel einer globalen französischen Politik?

---

Die Neuorientierung, von der die Politik in Frankreich gegenwärtig gekennzeichnet ist, reflektiert im wesentlichen jene Umwälzungen, die die Grundlagen der Strategie, so wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Europa definiert worden waren, erschüttert haben<sup>7</sup>. Dennoch kristallisieren sich nach dem Zerfall der Sowjetunion einige neue Strömungen heraus.

In Europa scheint sich eine gewisse Klärung der territorialen Verhältnisse abzuzeichnen, wodurch die französischen Vorstellungen wieder größere Kohärenz erhalten würden. Allmählich läßt sich eine Begrenzung des europäischen Raumes nach Osten ausmachen, die mit den östlichen Grenzen Ungarns und Polens übereinstimmt, wo zwei politische Systeme aneinanderstoßen, denen es gelun-

gen ist, im Rahmen ihrer Grenzen den größten Teil ihrer menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zu organisieren, ohne daß dabei eine zwangsläufige Konfrontation erkennbar wäre, die aufgrund gegensätzlicher Interessen zum Konflikt führen könnte. Sobald man es vermeidet, den anderen Lehrstunden in Demokratie und Solidarität zu erteilen, entstehen solche Einflußbereiche, die Gebiete und politische Richtungen hervorbringen, in deren ureigenstem Interesse nur der Weg der Kooperation liegen kann. Unter den Bewohnern eines gemeinsamen Hauses herrscht eben weniger Gemeinschaftsgeist als unter Nachbarn, die Wand an Wand wohnen. Die schrankenlose Erweiterung stößt langsam an ihre Grenzen.

Im Umfeld der NATO, der EU, der WEU und angesichts der Zurückhaltung jener, die nur widerwillig bereit sind, über finanzielle Hilfen hinaus den erworbenen Besitzstand mit anderen zu teilen, reift in den beitragswilligen Ländern die Erkenntnis, daß vielleicht doch nicht jene, die sich für einen stufenweisen Beitritt ausgesprochen haben, der Doppelzüngigkeit bezichtigt werden sollten. Unterdessen nimmt die Zahl der echten Konflikte und Sicherheitsprobleme im Süden, vom Mittelmeer bis zum Kaspischen Meer, wesentlich stärker zu als in Mitteleuropa oder an der Ostsee. Die Bemühungen Mittel- und Nordeuropas um die Stabilisierung einer Situation, die Deutschland vor kurzem noch mit großer Besorgnis erfüllte, scheinen immer weniger in Bezug zu den wirklichen Gefahrenherden zu stehen.

Abgesehen von den beiden großen politisch-strategischen Gebieten, die sich zunehmend in Europa formen, entstehen auch gewisse untergeordnete Systeme, die sich geographischen, aber auch großen politischen Bereichen zuordnen lassen: Währung, Wirtschaft, Sozialwesen, Sicherheit und Verteidigung. Die Unmöglichkeit, globale politische Szenarien für politisch erweiterte Räume zu entwickeln, hat zur Entstehung von kleineren Einheiten geführt, in denen sich gemeinsame politische Vorstellungen oder zumindest eine Zusammenarbeit aufbauen läßt. Für Frankreich stellt sich das Problem einer direkten Konfrontation mit der Stärke Deutschlands in fast allen solchen untergeordneten Systemen, denen es angehört. Einige glauben daher, einer direkten Gegenüberstellung auf diesem Niveau durch die Flucht auf eine höhere, globale, und/oder niedrigere, nämlich nationale Ebene ausweichen zu können. Dabei wurde hier bereits versucht, auf die Gefahren, die diese Ausweichmöglichkeiten für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bergen, hinzuweisen.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Lucien Poirier, *La crise des fondements*, Paris 1994.

Eine dritte Grundtendenz stellt der umfangreiche Anpassungsprozeß dar, zu dem die sicherheits- und verteidigungspolitischen Bündnisse und Systeme gezwungen worden sind. Wenn es tatsächlich eine „Entscheidungsschlacht“ geben sollte, in der sich das wahre Kräfteverhältnis herausstellen muß, dann sind die Verteidigungsbündnisse und Institutionen der gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa jetzt dabei, sie zu führen. Die UNO, NATO, WEU und EU oder sogar die KSZE stehen Schwierigkeiten gegenüber, die Grenzen und Möglichkeiten jeder einzelnen dieser Organisationen deutlich machen werden. Anhand der Institutionen, die aus dieser Umordnung hervorgehen, lassen sich dann die entscheidenden Leitlinien der neuen Politik ausmachen, zumindest auf dem europäischen Kontinent. Und dabei ist keineswegs sicher, daß sich die größten Zusammenschlüsse auch tatsächlich als die widerstandsfähigsten erweisen werden; ebensowenig bedeutet es, daß die europäischen Strukturen, um deren Konsolidierung und Stärkung Frankreich bemüht ist, am stärksten davon beeinträchtigt sind.

Nichtsdestoweniger sind die Grundlagen der Politik, wie sie in der französischen Denkschule vertreten wurden, erschüttert worden; in erster Linie durch den Bedeutungswandel der Schlüsselfigur, des Kernpunktes allen Handelns, so wie Frankreich es für normal hält: des Nationalstaates. Damit eine solche Politik aber Bestand haben kann, müssen zunächst ein oder mehrere Protagonisten ein oder einige unabhängige Vorhaben formulieren oder tragen können. Im Bereich der Sicherheit waren es früher die Atomwaffen, die durch ihre Technik diese Autonomie der politisch Verantwortlichen festigten. Gegenwärtig werden jedoch nicht nur militärische Objekte innerhalb gemeinsamer Systeme neu überdacht (Abrüstung,

illegale Waffengeschäfte), können nur noch wenige Akteure Gegner geschweige denn Feinde ausmachen, vielmehr haben die neuesten Konfrontationen auch gezeigt, daß kein Akteur der Politik willens oder in der Lage ist, im Alleingang zu handeln. Seit dem Golfkrieg scheint isoliertes Handeln für einen Nationalstaat, auch für den größten, unmöglich geworden zu sein. Was sonst steckt hinter dem amerikanischen Multilateralismus, wenn nicht der Gedanke, daß die USA nicht vorhaben, im Alleingang zu handeln? Und das tief in die Balkankrise verstrickte Frankreich ist gezwungen, die NATO auf den Plan zu rufen und somit zunächst die USA und später Rußland erneut an einer diplomatischen Strategie mitwirken zu lassen, die im Rahmen der Europäischen Union bislang von den Franzosen gemeinsam mit den Briten beherrscht wurde. Als jüngstes Ereignis beweist das Eingreifen in Ruanda, in welchem Maße eine ausschließlich national orientierte Politik heutzutage unmöglich geworden ist, da Frankreich von der UNO ständig seine Ablösung forderte.

Gerade Frankreich, das mehr als jedes andere Land die Notwendigkeit einer strategischen Autonomie, einer jeder politischen Einheit zustehenden Entscheidungsfreiheit behauptet hat, wird heute besonders stark von den Umwälzungen betroffen, die auf geopolitischen Gebieten, bei Akteuren und Instrumentarien der Macht tiefgreifende Veränderungen bewirken. Der bevorzugte Raum seiner politischen Darstellung, Europa, hat sich seit 1990 ganz allmählich von dem Entwicklungsmodell nach französischen Vorstellungen entfernt. Dennoch könnten aus der jetzigen Übergangsphase Strömungen entstehen, die den Leitlinien des französischen Modells der Politik neue Relevanz verleihen.

### **Brigitte Seebacher-Brandt: Nation im vereinigten Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/94, S. 3–9

Die Deutschen tun sich schwer mit der Nation, dabei ist sie eine Selbstverständlichkeit. Wegen des starken intellektuellen Widerspruchs meiden die führenden Politiker den Begriff wie der Teufel das Weihwasser. Die Autorin zeigt die vielfältigen Widerstände und die Unentschlossenheit der politischen Führung des Landes auf, sich zur deutschen Nation zu bekennen. Ist ein solcher orientierungsloser Nationalstaat ein zuverlässiger und stabiler Partner in der angestrebten europäischen politischen Union?

Die Deutschen müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Nation der natürliche Bezugsrahmen der Menschen ist, in den sie hineingeboren werden. Deutschland muß in die Normalität hineinfließen und sich bewußt werden, was neu ist und neu sein soll seit 1989. Die Nation ist keine statische Größe. Fünf Jahre nach dem Mauerfall ist die Frage nach der deutschen Nation nicht mehr die nach dem „Wieder“, sondern die nach dem Erneuerungswillen.

### **Sven Papcke: Nationalismus – ein Alptraum?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/94, S. 10–17

Die Wahl zur Vielvölker-Volksvertretung in Straßburg am 12. Juni 1994 brachte es an den Tag. Europa hat gewählt, aber von einer neuen Aufbruchstimmung kann keine Rede sein. „Einen Binnenmarkt“, meinte der noch amtierende Kommissionspräsident Jacques Delors lakonisch, „kann man nicht lieben.“ Eine Mehrheit der EU-Bürger hat Vorbehalte gegen ein vereintes Europa mit einer Zentralregierung. Für die Mitgliedsländer gibt es zwar keine Alternative zum Gemeinschaftskurs. Aber weder existiert ein europäisches Staatsvolk, noch verbindet die Politikerzunft der Einzelstaaten so etwas wie ein verlässliches Zugehörigkeitsgefühl. Mithin bleibt der Nationalstaat als Grundlage gleichermaßen des politischen Lebens wie der politischen Kultur bedeutsam. Diese Bezugsgröße mag zunehmend „porös“ erscheinen, weil nur wenige staatliche Handlungsfelder von Rückkoppelungseffekten der Gemeinschaftspolitik unberührt geblieben sind. Der Nationalstaat ist gleichwohl der durchschaubare Raum, der auch über regionale Grenzen hinaus Sicherheiten vermittelt für das Zusammenwirken unterschiedlicher Traditionen. Ein vereintes Europa ist denkbar nur als Summe der Teile, als Mammutstaat überfordert es seine Menschen.

### **Rudolf von Thadden: Die ungeliebte Nation. Gedanken zu einer immer noch aktuellen Diskussion**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/94, S. 18–23

Die Deutschen haben sich mit ihrer Konstituierung als Nation immer schon schwer getan. Nicht erst nach dem Fiasko ihres imperialistischen Abenteuers verrannten Nationalstaats 1945, sondern schon vor der Bismarckschen Reichsgründung im 19. Jahrhundert stritten sie um Sinn und Inhalt einer nationalen Ordnung.

Heute, nach der Beendigung der staatlichen Teilung Deutschlands, muß die Frage nach dem historischen Ort der Nation neu durchbuchstabiert werden. Es müssen nicht nur Erfahrungen der Deutschen in den beiden Teilstaaten der Nachkriegszeit, sondern auch die veränderten Rahmen- und Strukturbedingungen nationaler Identität reflektiert werden. Die Nation der Deutschen muß sich nämlich im Zusammenhang einer Europäischen Union legitimieren. Darüber hinaus steht sie vor der Aufgabe, eingewanderte Neubürger aus anderen Kulturen zu integrieren. Das kann sie freilich nur als Staatsbürgernation und nicht als ethnische Abstammungsgemeinschaft leisten.

### **Claus Leggewie: Europa beginnt in Sarajevo. Gegen den Skeptizismus in der europäischen Wiedervereinigung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/94, S. 24–33

Die Europäische Konföderation – das Ziel der föderalistischen Bewegungen im Widerstand gegen Hitler und der ökonomisch fundierten Integrationspolitik der fünfziger und sechziger Jahre – ist ins Stocken geraten. Nationale Alleingänge und nationalistische Aversionen, die auf eine grundsätzliche Revision des „Projekts Europa“ hinauslaufen, machen sich in der öffentlichen Meinung breit und gewinnen Einfluß auf die politischen Entscheidungsträger. Der Prozeß der Vertiefung wird ebenso verzögert, wie das Vorhaben der Erweiterung auf die lange Bank geschoben wird. Das Ziel der europäischen Wiedervereinigung ist gefährdet, auch in der Bundesrepublik Deutschland wird die Nation zur politischen Grundeinheit erklärt. In dem Aufsatz werden die (Schleich-)Wege beschrieben, auf denen sich eine Europäische Konföderation – jenseits der klassischen Alternative Staatenbund versus Bundesstaat – und damit ein neuartiges supranationales Regime herausbilden kann: lebensweltliche „Europäität“, ökonomischer Pragmatismus, institutionelle Aktivbürgerschaft, europäisches Recht und humanitäres Engagement. Die europäische Zivilgesellschaft kommt aber nicht ohne politisch-institutionelle Fortschritte aus.

### **André Brigot: Frankreich und Europa**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/94, S. 34–38

Die Veränderungen zu Beginn der neunziger Jahre scheinen Frankreichs Entscheidung der sechziger Jahre – Rückzug aus den Kolonien und langfristiges Engagement in Europa – wieder in Frage zu stellen. Der Rückzug auf nationale Interessen zum Nachteil Europas und die Beteiligung am globalen Kräftegleichgewicht unter völlig veränderten Bedingungen haben die früheren Entscheidungen Frankreichs ins Wanken gebracht.

Da ein erweitertes Europa nicht im französischen Interesse liegt, gewinnen nationale und globale Überlegungen wieder stärker an Gewicht. Folgende Grundtendenzen scheinen sich in Europa herauszukristallisieren: eine Begrenzung des europäischen Raumes nach Osten, die mit den östlichen Grenzen Ungarns und Polens übereinstimmt; das Entstehen gewisser Subsysteme, weil es sich als schwierig bis unmöglich herausgestellt hat, globale politische Szenarien erfolgreich umzusetzen; sowie ein umfangreicher Anpassungsprozeß, zu dem die diversen Bündnisse und Systeme gezwungen worden sind.